

Natürlich Denken – Wege aus dem Nebel

*Geschichte der Wirtschaftsreformen
und Österreichs Finanzierung in Euro*

Ein Buch über wirtschaftliche Selbsthilfe
und die Finanzierung gemeinsamer Aufgaben

Projektinitiative Savini, Geri

Forschungsprojekt des Vereins Wohn(T)Raum
Forschungs- und Bildungsinstitut
für WohnKultur und LebensRaum

Erweiterte Forschungsfassung
26. Oktober 2026

Inhalt

<u>Vorwort</u>	3
<u>Zum Buch</u>	5
<u>Familiengeschichte und Verantwortung im Forschungsverein</u>	6
<u>1 Der Mensch am Anfang der Rechnung</u>	8
<u>2 Ibn Chaldun und die Grundlage staatlicher Einnahmen</u>	9
<u>3 Thomas Paine und der gemeinsame Anspruch</u>	10
<u>4 Silvio Gesell und das Geld in Bewegung</u>	11
<u>5 Wörgl und die örtliche Selbsthilfe</u>	12
<u>6 Weitere Wege der Wirtschaftsreform</u>	13
<u>Hermann Josef Abs – Banken und Schulden</u>	18
<u>Der moderne Gral – Technologie und Selbstbestimmung</u>	20
<u>Stephan Schulmeister und die Finanzkrise</u>	24
<u>Richard A. Werner und die Bankgeldschöpfung</u>	25
Österreichs Finanzmarkt: Regeln und Zuständigkeiten	27
<u>7 Geldbestand, Zahlungsstrom und Wirtschaftsleistung</u>	28
<u>8 Die untersuchte Finanzierung in Euro</u>	29
<u>9 Österreich von 2022 bis 2025</u>	31
<u>10 Die fünf Ergebnisgrafiken</u>	34
<u>11 Was der Überschuss aussagt</u>	37
<u>12 Das BIP im Vergleich zu den Gesamtausgaben</u>	39
<u>13 Was in den Staatsausgaben enthalten ist</u>	41
<u>14 Betriebe, Haushalte und der tatsächliche Einkauf</u>	43
<u>15 Inflation trotz hoher Geldbewegungen</u>	44
<u>16 Öffentliche Ausgaben und vermeidbare Belastungen</u>	47
<u>17 Gemeinsam entscheiden und dem Geld folgen</u>	48
<u>18 Wie die Forschung weitergeht</u>	49
<u>Dokumente zur Familiengeschichte</u>	51
<u>Anhang: Die Rechnung selbst nachvollziehen</u>	53
<u>Quellen und verwendete Unterlagen</u>	55

Vorwort

CBDC als Ursache dieser Proteste ist damit nicht belegt. Der digitale Euro wird noch vorbereitet; laut EZB ist eine mögliche Erstaussgabe für 2029 vorgesehen und von weiteren Entscheidungen abhängig. [Q28]

CBDC ist die englische Abkürzung für digitales Zentralbankgeld. Der digitale Euro wäre eine solche Geldform. Sorgen über seine künftige Gestaltung sind von bereits nachgewiesenen Folgen zu unterscheiden.

Der Anlass: Sicherheit und friedliche Lösungen

ZDFheute live: „Gewalt in Frankreich und Italien: Was junge Menschen in Europa auf die Straße treibt“. Das Video ist über den folgenden Link erreichbar. [Q27]

[ZDF-Video öffnen](#)

Der begleitende ZDF-Bericht nennt unter anderem steigende Lebenshaltungskosten, Jugendarbeitslosigkeit und staatliche Sparpolitik. Er beschreibt friedliche Proteste und gewaltsame Ausschreitungen als unterschiedliche Vorgänge. [Q27]

Ein konkretes Vorhaben: die Spar- und Investitionsunion

Die EU will private Ersparnisse stärker in Investitionen lenken. Dieses Vorhaben heißt Spar- und Investitionsunion, kurz SIU. Es geht unter anderem um Anlagen auf den Kapitalmärkten. Dort können etwa Unternehmensanteile und Anleihen gekauft werden. Eine Anleihe ist ein Wertpapier, mit dem man einem Herausgeber Geld leiht. [Q30]

Die Strategie wurde von der Europäischen Kommission vorgelegt. Ihre Präsidentin ist Ursula von der Leyen. Die offizielle Präsidentinnenseite nennt ihre Funktion. Die konkreten Ziele des Vorhabens stehen in den SIU-Unterlagen. [Q30, Q31]

Der Rat der EU verweist auf geschätzte zehn Billionen Euro privater Ersparnisse auf Bankkonten. Eine Billion sind tausend Milliarden. Der Rat nennt das Ziel, jährlich Hunderte Milliarden Euro zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. Das politische Ziel, mehr privates Spargeld für Investitionen zu gewinnen, ist also dokumentiert. Die genannten Summen sind keine bereits eingezogenen Beträge. [Q30]

Attac Österreich kritisiert die Pläne in einem Beitrag vom 20. März 2025. Die Organisation warnt vor mehr Spekulation und größeren Finanzkonzernen. Sie befürchtet auch, dass private Gewinne und öffentlich getragene Verluste auseinanderfallen. Außerdem kritisiert sie die Förderung privater Pensionsvorsorge und fordert stärkere öffentliche Investitionen. Das sind die ausdrücklich zugeordneten Einschätzungen und Forderungen von Attac. [Q29]

Der digitale Euro und die Spar- und Investitionsunion sind unterschiedliche Vorhaben. Die SIU-Unterlagen belegen das Ziel, Ersparnisse stärker in Kapitalanlagen zu lenken. Sie belegen für sich genommen keine zwangsweise Wegnahme sämtlicher Ersparnisse. Unsere Forschung fragt nach Entscheidungsfreiheit, Gebühren, Empfängern und der Verteilung möglicher Verluste.

Hinter diesem Forschungsprojekt steht die Sorge um den Lebensunterhalt und die Zukunft der Menschen. Erspartes steht oft für viele Jahre Arbeit und Verzicht. Der Schutz solcher Mittel verdient eine sachliche Untersuchung.

Deshalb fragen wir: Wer darf über Ersparnisse entscheiden? Unter welchen Bedingungen werden Anlegergelder eingesetzt? Wer erhält daraus Einnahmen, und wer trägt das Risiko? Wie lassen sich Eigentum und finanzielle Selbstbestimmung schützen?

Auch Hinweise und persönliche Erfahrungen können Anlass für Forschung sein. Eine Frage darf gestellt werden, bevor ihre Antwort feststeht. Bei der Darstellung unterscheiden wir jedoch Sorge, Hinweis und nachgewiesenen Vorgang.

Das Ziel des Vereins ist eine friedliche Suche nach wirtschaftlicher Sicherheit. Menschen sollen ihren Lebensunterhalt sichern und ihre Zukunft mitgestalten können.

Worum es in diesem Buch geht

Jeder Mensch braucht Lebensmittel, ein Zuhause und Sicherheit im Alltag. Bauern brauchen Menschen, die ihre Ernte kaufen. Betriebe brauchen Aufträge. Doch manchmal bleiben Waren liegen, obwohl Menschen sie brauchen. Wie können Bedarf und vorhandene Leistungen besser zusammenfinden?

Dieser Frage geht der Verein Wohn(T)Raum nach. Wir untersuchen einen neuen Vorschlag zur Finanzierung gemeinsamer Aufgaben. Dazu gehören etwa Schulen, Krankenhäuser und Pensionen. Unsere Rechnung verwendet Zahlen für Österreich von 2022 bis 2025. Alle heutigen Geldbeträge stehen in Euro.

Die Grundidee ist einfach: Von jeder regulären Zahlung sollen zehn Prozent in eine gemeinsame Kasse fließen. Die übrigen neunzig Prozent erhält der Empfänger. Zusätzlich setzen wir für jeden Menschen monatlich 1.500 Euro Grundeinkommen an. Davon gehen ebenfalls zehn Prozent zurück. So bleiben der Person 1.350 Euro.

In unserer Rechnung bleiben die bisherigen Staatsausgaben erhalten. Dazu gehören Pensionen, Sozialleistungen und Zinsen. Das neue Grundeinkommen kommt zusätzlich dazu. Unter den angegebenen Annahmen bleibt in allen vier Jahren ein positiver Betrag übrig.

Wir vergleichen außerdem die Wirtschaftsleistung Österreichs mit diesen Ausgaben. Das Ergebnis ist ebenfalls in jedem Jahr positiv. Dieser Vergleich zeigt Größenverhältnisse. Er ist keine Einnahmenrechnung des Staates.

Frühere Denker helfen uns beim Fragenstellen. Dazu gehören Ibn Chaldun, Thomas Paine, Silvio Gesell und Rudolf Steiner. Auch Jakob Fugger und der Geldversuch von Wörgl gehören zur Geschichte. Ihre Ideen werden erklärt und mit unserem heutigen Vorschlag verglichen.

Unser Leitgedanke lautet: „Geld darf niemals als Waffe zur Verhaltenskontrolle missbraucht werden!“ Menschen sollen verstehen können, was mit gemeinsamen Mitteln geschieht. Sie sollen selbst nachrechnen und mitentscheiden können.

Zum Buch

Dieses Buch ist ein Forschungsprojekt von Wohn(T)Raum – Forschungs- und Bildungsinstitut für WohnKultur und LebensRaum. Die Initiative kommt von Savini, Geri. Die Texte wurden mit Unterstützung einer künstlichen Intelligenz, kurz KI, ausgearbeitet. Diese Fassung wurde sprachlich überarbeitet.

So kannst du das Buch lesen

Du brauchst keine Ausbildung in Wirtschaft. Die Kapitel erklären die wichtigsten Begriffe. Kleine Beispiele helfen beim Rechnen. Im Anhang findest du ein Wörterverzeichnis. Die genauen Zahlen bleiben erhalten, damit auch Fachleute sie prüfen können.

Eine Milliarde sind 1.000 Millionen oder 1.000.000.000. Die Abkürzung lautet „Mrd.“. In deutschen Zahlenschreibweisen trennt ein Komma die Nachkommastellen. So bedeutet 1,5 Milliarden eine Milliarde und 500 Millionen.

Vier Arten von Aussagen

Eine Quelle berichtet zum Beispiel, wie hoch die Staatsausgaben waren. Eine Rechenannahme legt fest, dass wir zehn Prozent einer ausgewählten Zahlungssumme verwenden. Ein Rechenergebnis folgt aus diesen Zahlen. Eine Forschungsfrage betrifft das, was wir noch untersuchen wollen.

Diese vier Dinge werden auseinandergehalten. Ein ausgerechneter Überschuss ist noch kein Betrag auf einem echten Konto. Eine historische Idee ist noch kein Beweis für unseren Vorschlag.

Die Hinweise in eckigen Klammern führen zum Quellenverzeichnis. „Q“ bezeichnet eine veröffentlichte Quelle. „P“ bezeichnet eine bereitgestellte Projekt- oder Familienunterlage.

Die fünf Ergebnisgrafiken wurden mit den bereitgestellten Zahlen neu gestaltet. Vier zeigen Zahlungen an Empfänger in Österreich. Die fünfte verwendet für 2025 die gesamte erfasste Zahlungssumme. [P9]

Familiengeschichte und Verantwortung im Forschungsverein

Erhaltene Schriftstücke

Die Geschichte der Familie Saurwein ist in Schriftstücken und Archiveinträgen dokumentiert. Savini, Geri hat für dieses Buch zwei Seiten aus dem Familienbesitz vorgelegt. Sie sind hinten im Buch abgebildet. Es geht um einen Stiftbrief und seinen späteren Aufbewahrungsort. [P12, P13]

Ein Stiftbrief hält Regeln für eine Stiftung fest. Eine Stiftung bindet Vermögen an einen bestimmten Zweck. Das kann zum Beispiel die Versorgung bestimmter Menschen sein. Die hier vorgelegten Seiten berichten über einen solchen Stiftbrief. Sie sind nicht der Originalstiftbrief selbst.

Die Erklärung von Franz Zach

Die erste Seite trägt die Überschrift „Erklärung“. Franz Zach bezeichnet sich darin als Buchhalter im Ruhestand. Er schreibt, dass er den Originalstiftbrief der Familie Saurwein gelesen habe. Nach seiner Darstellung enthält er eine Schutzregel: Verarmen die genannten Nachkommen, soll die Stiftung an sie zurückfallen. [P12]

Die Erklärung ist auf 1943 datiert. Auf der Seite sind Unterschriften und ein Beglaubigungsvermerk zu sehen. Die Erklärung dokumentiert, was Zach über seine Einsichtnahme und den Inhalt berichtet. Die Schrift ist teilweise blass. Deshalb bleibt die Abbildung für einen eigenen Vergleich zugänglich.

Der Brief von Pfarrer Roman Neuner

Die zweite Seite zeigt unter anderem die Wiedergabe eines Briefes. Er ist an Franz gerichtet. Als Absender wird Pfarrer Roman Neuner genannt. Ort und Datum lauten Nauders, 9. Juni 1909. [P13]

Neuner schreibt, dass er den Stiftbrief an die k. k. Statthalterei geschickt habe. Das war eine damalige staatliche Verwaltungsstelle. Am 3. März 1900 habe er ihn zurückerhalten. Den Stiftbrief habe er von der Stiefmutter der angeschriebenen Personen bekommen.

Beim späteren Aufbewahrungsort ist Neuner unsicher. Er nennt unter anderem das Widumarchiv von Rum und den Pfarrer von Thaur. Ein Widum ist ein Pfarrhaus; das Archiv bewahrt Schriftstücke auf. Neuner erklärt ausdrücklich, dass er sich nach so langer Zeit nicht mehr sicher erinnern könne.

Der Brief liefert also konkrete Namen und Daten. Er hält zugleich fest, welche Erinnerung unsicher blieb. An den genannten Orten kann die Suche nach weiteren Unterlagen ansetzen.

Die ältere Familiengeschichte

Das Österreichische Staatsarchiv verzeichnet eine Wappenbesserung für Jakob und Simon Saurwein aus Natters. Sie waren Vettern, also Cousins. Der Eintrag nennt Innsbruck und den 29. März 1563. Eine Wappenbesserung ist eine offiziell verliehene Änderung eines Wappens. [Q20]

Die Tiroler Wappenkartei nennt Jakob als Landrichter zu Sonnenburg und Simon als Stadtschreiber zu Innsbruck. Gebhard wird als langjähriger Holzmeister der Herrschaften Rothenberg, Kufstein und Kitzbühel beschrieben. Diese Ämter betrafen Recht, Verwaltung und Holzressourcen. [Q21]

Ein Wappenbrief ist etwas anderes als ein Stiftbrief. Der Familienbericht nennt auch einen Wappenbrief von 1593 und beschreibt das Familienwappen. Die jetzt abgebildeten Seiten betreffen dagegen die Stiftung. [P11]

Was das mit der heutigen Forschung verbindet

Die Familienunterlagen führen zu Fragen, die auch heute wichtig sind: Wer soll geschützt werden? Wer verwaltet Vermögen? Wie bleiben Regeln über viele Jahre nachvollziehbar?

Die beschriebene Schutzregel verbindet Besitz mit Hilfe in wirtschaftlicher Not. Heute untersucht der Verein öffentliche Finanzierung, Grundeinkommen und Lebensraum. Der frühere Bezug zur Holzversorgung passt außerdem zur Arbeit mit natürlichen Materialien und Wohnkultur.

Soll daraus eine heutige rechtliche Forderung abgeleitet werden, braucht es weitere Unterlagen. Dazu gehören der vollständige Stiftbrief und die Geschichte des betroffenen Vermögens. Die vorgelegten Seiten dokumentieren die historischen Aussagen. Sie beantworten noch nicht alle heutigen Rechtsfragen.

1 Der Mensch am Anfang der Rechnung

Sicherheit im Alltag

Wer Rechnungen bezahlt, denkt meist zuerst an Miete, Heizung und Lebensmittel. Eine Familie möchte den nächsten Monat planen können. Ein Betrieb muss Material kaufen und seine Beschäftigten bezahlen. Ein älterer Mensch braucht vielleicht Pflege.

Unser Projekt beginnt bei diesen Bedürfnissen. Ein Mensch verliert seinen Wert nicht, wenn er krank wird oder keine bezahlte Arbeit findet. Wohnung und Nahrung braucht er weiterhin. Deshalb sieht unser Vorschlag für jeden Menschen denselben Anspruch auf Grundeinkommen vor.

Verständliche Regeln

Eine gemeinsame Kasse braucht klare Regeln. Wer zahlt, muss den Abzug vorher sehen können. Wer Geld verwaltet, muss seine Ausgaben belegen. Die Menschen müssen wissen, wer welche Entscheidung treffen darf.

Eine andere Meinung darf kein Grund sein, jemandem sein persönliches Guthaben zu entziehen. Auch freiwillige Vereinsarbeit soll keine versteckte Voraussetzung für den Lebensunterhalt werden. Das folgt aus unserem Grundsatz der Selbstbestimmung.

Wir beginnen in Österreich

Die Forschung konzentriert sich zunächst auf Österreich. Dabei betrachten wir die Lebensbedingungen von Haushalten, Bauern und Betrieben. Andere Länder können sich auf eigene Initiative anschließen und Unterstützung erhalten.

Zuerst müssen wir wissen: Welche Menschen erhalten die Auszahlung? Welche Zahlungen zählen zum Rückfluss? Was bleibt einer Person nach ihren Ausgaben? Große Jahressummen sollen mit dem Alltag verbunden werden.

2 Ibn Chaldun und die Grundlage staatlicher Einnahmen

Ein früher Blick auf Wirtschaft und Staat

Ibn Chaldun lebte von 1332 bis 1406. Man schreibt seinen Namen auch Ibn Khaldūn. In seinem Werk „Muqaddima“ untersuchte er Gesellschaft, Herrschaft und Wirtschaft. Seine Zeit war von Landwirtschaft und Handel geprägt. Digitale Zahlungen kannte er nicht. [Q1]

Er fragte, wie ein Staat zu Einnahmen kommt. Bauern, Handwerker und Händler schaffen Leistungen. Aus ihrer Tätigkeit können auch Einnahmen für die Gemeinschaft entstehen.

Hohe Abgaben können die Grundlage schwächen

Ibn Chaldun beschreibt folgenden Zusammenhang: Bleibt Menschen genug von ihrer Arbeit, lohnt sich das Wirtschaften. Werden die Forderungen der Herrschaft zu hoch, kann sich Arbeit weniger lohnen. Menschen geben dann Tätigkeiten auf. Trotz höherer Abgabensätze können die gesamten Einnahmen sinken. [Q2]

Er nennt dabei keinen für alle Zeiten richtigen Prozentsatz. Unsere Zehn-Prozent-Regel ist eine heutige Festlegung des Projekts. Sie wird nicht als Empfehlung Ibn Chalduns ausgegeben.

Für unsere Forschung folgt daraus eine Frage: Wie verändert eine neue Regel die Zahlungen, auf die sie angewendet wird? Die Rechnung mit alten Daten zeigt einen Ausgangspunkt. Für Aussagen über tatsächliche Veränderungen wären weitere Untersuchungen nötig.

Macht kann wirtschaftliche Vorteile verschaffen

Ibn Chaldun kritisiert auch Herrscher, die selbst Handel treiben und dabei ihre Macht einsetzen. Andere Händler und Bauern können dadurch benachteiligt werden. Ein kurzfristiger Vorteil der Herrschaft kann die übrige Wirtschaft schwächen. [Q3]

Heute fragen wir deshalb: Wer legt die Regeln fest? Für wen gelten sie? Wer erhält Ausnahmen? Das sind unsere heutigen Fragen. Sie sind keine Aussagen Ibn Chalduns über moderne Unternehmen.

Was wir mitnehmen

Eine Gemeinschaft braucht Menschen, die arbeiten, herstellen und handeln können. Deshalb betrachten wir nicht nur Einnahmen. Wir fragen auch, was eine Finanzierungsregel für die Beteiligten bedeutet. Ein berühmter Name ersetzt diese Prüfung nicht.

3 Thomas Paine und der gemeinsame Anspruch

Die Erde und die Arbeit der Menschen

Thomas Paine veröffentlichte „Agrarian Justice“ 1797 auf Englisch. Er unterscheidet zwei Dinge: natürliche Lebensgrundlagen und Werte, die Menschen durch ihre Arbeit schaffen. Wer keinen Zugang zum Boden mehr hat, sollte nach seinem Vorschlag einen Ausgleich erhalten. [Q4, Q5]

Paine schlägt dafür einen gemeinsamen Fonds vor. Ein Fonds ist ein Vermögen für einen festgelegten Zweck. Junge Erwachsene sollten eine einmalige Zahlung erhalten. Für ältere Menschen war eine laufende Unterstützung vorgesehen. Das Geld sollte aus einer Abgabe auf vererbtes Eigentum kommen.

Paine nennt dabei zehn Prozent. Dieser Satz bezieht sich aber auf eine andere Grundlage als unser Vorschlag. Er beschreibt keinen Rückfluss auf jede reguläre Zahlung und kein monatliches Grundeinkommen von 1.500 Euro. [Q4, Q5]

Ein Recht braucht klare Regeln

Die Verbindung zu unserem Projekt liegt in der Idee eines gemeinsamen Anspruchs. Hilfe soll nicht allein davon abhängen, ob jemand gerade spendet. Es braucht eine Regel für die Finanzierung und Auszahlung.

Unser Vorschlag sieht pro Mensch monatlich 1.500 Euro brutto vor. „Brutto“ heißt hier: vor dem Gemeinschaftsrückfluss. Zehn Prozent, also 150 Euro, gehen zurück. „Netto“ kommen 1.350 Euro auf dem persönlichen Konto an.

Jeder Mensch wird einmal gezählt. Eine zusätzliche Firma, ein Verein oder ein zweites Konto schafft keinen zweiten persönlichen Anspruch. Die Höhe soll nicht nach Herkunft oder örtlichen Lebenshaltungskosten abgestuft werden.

Hilfe und Freiheit

Der Anspruch soll nicht von einer bestimmten Meinung abhängen. Auch die Mitarbeit im Verein bleibt freiwillig. Menschen sollen über die Regeln mitreden können, ohne jeden Monat ihren persönlichen Wert beweisen zu müssen.

4 Silvio Gesell und das Geld in Bewegung

Warum Geld weitergegeben wird

Silvio Gesell lebte von 1862 bis 1930. Er beschäftigte sich mit Geld und Bodenbesitz. Sein bekanntes Werk heißt „Die natürliche Wirtschaftsordnung“. Er fragte, wie Geld den Austausch von Waren unterstützt. [Q6, Q7]

Gesell sah einen Unterschied zwischen Waren und Geld: Viele Waren verderben oder kosten Lagerplatz. Geldbesitzer können dagegen unter bestimmten Bedingungen länger warten. Nach seiner Erklärung kann dieses Warten den Verkauf von Waren erschweren. Das ist seine wirtschaftliche Theorie. [Q7]

Freigeld und Freiland

Sein Vorschlag „Freigeld“ sollte das Weitergeben des Geldes fördern. Wer es länger behielt, sollte dafür Kosten tragen. Gesell beschrieb auch ein Währungsamt. Diese Stelle sollte die Preise beobachten und den Geldumlauf anpassen. [Q8]

„Freiland“ war sein Vorschlag zur Bodenordnung. Land sollte öffentlich verpachtet werden. Menschen zahlen bei einer Pacht für die Nutzung. Gesell wollte Einnahmen daraus nach einer eigenen Regel an Mütter verteilen. Das unterscheidet sich vom gleichen Anspruch jedes Menschen in unserem Modell. [Q9]

Der Vergleich mit unserem Vorschlag

Frage	Gesells Ansatz	Untersuchtes Euro-Modell
Ansatzpunkt der Geldregel	Bedingungen des Geldhaltens und des Umlaufs	Aufteilung jeder regulären Zahlung
Gemeinschaftlicher Zufluss	Im Freigeldentwurf unter anderem Umlaufsverlust	10 Prozent des vereinbarten Zahlungsbetrags
Ruhendes persönliches Guthaben	Freigeld sieht Haltekosten vor	Kein periodischer Schwund aus der 90/10-Regel
Verwaltung	Währungsamt im historischen Entwurf	Öffentlich nachvollziehbare Zuständigkeiten als Gestaltungsziel
Grundeinkommen	Keine identische universelle 1.500-Euro-Regel	1.500 brutto und 1.350 netto je Monat

In unserem Vorschlag entsteht der Zehn-Prozent-Rückfluss bei einer regulären Zahlung. Allein das Liegenlassen des persönlichen Geldes löst aus dieser Regel keine monatliche Gebühr aus. Das ist für Menschen wichtig, die sparen.

5 Wörgl und die örtliche Selbsthilfe

Eine Stadt sucht einen Ausweg

Anfang der 1930er-Jahre steckte Wörgl in einer schweren Wirtschaftskrise. Betriebe schlossen oder arbeiteten weniger. Viele Menschen waren ohne Arbeit. Auch der Gemeinde fehlten Einnahmen.

Nach der Darstellung der Stadt beschloss der Gemeinderat am 8. Juli 1932 einstimmig ein Nothilfeprogramm. Bürgermeister war Michael Unterguggenberger. Die damalige Lage wird als Deflation beschrieben: Preise fielen, und Geld wurde zurückgehalten. [Q10]

Wie die Arbeitswertscheine verwendet wurden

Die Gemeinde nutzte sogenannte Arbeitswertscheine. Damit wurden Beschäftigte bezahlt. Sie kauften damit in Geschäften ein. Über Abgaben konnten die Scheine zur Gemeinde zurückkommen. So entstand ein örtlicher Kreislauf. [Q11]

Für die Scheine musste monatlich eine Marke gekauft werden. Sie kostete ein Prozent des aufgedruckten Werts. Das sollte dazu anregen, die Scheine weiterzugeben. Die Dokumentation nennt unter anderem Straßenarbeiten, Kanäle und eine Brücke. [Q11]

1933 endete der Versuch nach einem behördlichen Eingreifen. Im Streit ging es um das Recht, Geldscheine auszugeben. Die genannten Quellen schildern diesen Konflikt. [Q11]

Was uns daran interessiert

Ein solcher Kreislauf braucht Vertrauen und verlässliche Leistungen. Ein Geschäft muss das Zahlungsmittel annehmen. Beschäftigte müssen dafür etwas kaufen können. Die Gemeinde muss ihre Regeln einhalten.

Wörgl war ein örtlicher Versuch in einer bestimmten Zeit. Er beweist nicht automatisch, dass ein heutiger Gesamtstaat nach unserem Vorschlag finanziert werden kann. Er zeigt aber einen Ansatz für gemeinschaftliche Selbsthilfe.

Ein heutiger Vergleich

Ein Hotel kauft bei einem Hof ein. Der Hof beauftragt einen Handwerker. Der Handwerker bezahlt einen Lieferanten. Bei jedem Schritt wechseln Geld und Leistungen den Besitzer.

Unser Vorschlag untersucht solche Zahlungen in Euro. Statt einer monatlichen Klebmarke ist ein Rückfluss bei Zahlungen vorgesehen. Außerdem setzen wir ein zusätzliches Grundeinkommen an. Die Gemeinsamkeit mit Wörgl ist die Suche nach einem verlässlichen Kreislauf.

6 Weitere Wege der Wirtschaftsreform

Das Kerbholz: eine Schuld in zwei Händen

Das Kerbholz gehört zu den alten Formen, Mengen, Schulden und Zahlungen festzuhalten. Statt auf Papier schrieb man eine vereinbarte Menge oder Geldsumme mit Kerben in Holz. Geteilte Kerbhölzer machten den Eintrag für beide Seiten überprüfbar. [Q34, Q35]

Zuerst wurden die Kerben angebracht. Danach spaltete man das Holz der Länge nach. Jede Seite erhielt ein Stück. Legte man die Stücke später zusammen, mussten Kerben und Holzstruktur passen. Eine nachträglich nur auf einer Hälfte hinzugefügte Kerbe fiel beim Vergleich auf. [Q35]

In England verwendete die königliche Finanzverwaltung solche Hölzer vom zwölften bis ins neunzehnte Jahrhundert. Erhaltene Stücke zeigen die lange Nutzung. Sie dienten als Nachweise für Steuern, Kredite und Zahlungen. [Q34]

Wie daraus ein Zahlungsmittel werden konnte

Ein Kerbholz konnte einen Anspruch auf eine spätere Zahlung festhalten. Ein solcher Anspruch heißt Forderung. Wurde er an eine andere Person weitergegeben und von ihr angenommen, konnte er zum Bezahlen dienen. Entscheidend war der anerkannte Anspruch hinter dem Holzstück. Die Museumsquellen beschreiben sowohl die Nachweisfunktion als auch die Weitergabe von Forderungen. [Q34, Q35]

Ein einfaches Beispiel: Stell dir vor, ein Bauer liefert zehn Säcke Getreide. Die Bezahlung soll später erfolgen. Beide Seiten halten die Menge auf einem Holz fest und erhalten je eine Hälfte. So haben beide einen passenden Nachweis. Für eine Weitergabe des Anspruchs müsste eine weitere Person ihn anerkennen. Dieses Beispiel erklärt das Prinzip.

Für unsere Forschung zeigt das Kerbholz eine grundlegende Frage des Zahlungsverkehrs: Wie können Menschen dieselbe Vereinbarung verlässlich nachprüfen? Ein verständlicher Nachweis braucht keine komplizierte Technik. Heute müssen auch elektronische Buchungen für die Beteiligten eindeutig und überprüfbar sein.

Al-Ghazālī: Geld als Spiegel und Mittel zum Austausch

Abū Hāmid al-Ghazālī lebte von 1058 bis 1111. Er beschäftigte sich also schon im elften und frühen zwölften Jahrhundert mit der Aufgabe des Geldes. Seine Gedanken stehen in einem religiösen und ethischen Zusammenhang. Eine wichtige Schrift ist „Iḥyā’ ‘ulūm al-dīn“, auf Deutsch etwa „Die Wiederbelebung der religiösen Wissenschaften“. [Q36, Q37]

Al-Ghazālī verglich Geld mit einem Spiegel. Ein Spiegel zeigt die Farben der Dinge, die vor ihm stehen. In seinem Vergleich soll Geld ähnlich helfen, unterschiedliche Waren zueinander ins Verhältnis zu setzen. Der Zweck liegt im Vergleichen und Austauschen. Geld wird gebraucht, um andere Dinge zu erhalten. [Q36]

Was er am Horten kritisierte

Al-Ghazālī kritisierte Menschen, die Gold- und Silbermünzen ansammeln und dem Austausch entziehen. Seiner Auffassung nach sollen die Münzen von Hand zu Hand gehen und Geschäfte ermöglichen. Werden sie nur festgehalten, erfüllen sie diese Aufgabe nicht. Er begründet diese Kritik aus seiner religiösen Vorstellung eines richtigen Gebrauchs von Gütern. [Q36]

Ein einfaches Beispiel: Eine Bäuerin möchte Schuhe kaufen. Der Schuhmacher braucht aber gerade kein Getreide. Geld ermöglicht, dass beide nicht unmittelbar dieselben Waren voneinander brauchen. Die Bäuerin verkauft ihre Ernte und bezahlt damit die Schuhe. Das Beispiel erklärt die Vermittlung durch Geld.

Der Spiegelvergleich und die Kritik am Horten ergänzen sich: Geld soll den Austausch von Leistungen erleichtern. In der Vereinsforschung fragen wir deshalb, wie Geldbewegungen die tatsächliche Versorgung unterstützen. Unsere heutigen Rechenregeln werden damit nicht al-Ghazālī zugeschrieben.

Keynes liest Gesell

John Maynard Keynes war ein Wirtschaftswissenschaftler. In seinem Buch „The General Theory“ beschäftigt er sich mit Gesell. Er nimmt dessen Fragen ernst, nennt aber auch Grenzen. Menschen könnten zum Beispiel auf andere leicht verfügbare Vermögenswerte ausweichen. [Q12]

Diese Haltung ist für uns hilfreich: Eine Idee verdient eine genaue Prüfung. Ein bekannter Unterstützer macht sie nicht automatisch richtig. Eine ungewöhnliche Herkunft macht sie nicht automatisch falsch.

Rudolf Steiner und die soziale Dreigliederung

Rudolf Steiner veröffentlichte 1919 „Die Kernpunkte der sozialen Frage“. Er wollte drei Bereiche der Gesellschaft eigenständig organisieren: Geistesleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben. Sie sollten zusammenarbeiten, ohne einander zu beherrschen. [Q32]

„Geistesleben“ meint hier unter anderem Bildung, Wissenschaft, Kunst und Religion. Der Begriff bezeichnet also nicht nur religiöse Fragen. Zum Rechtsleben gehören gleiche Rechte und gemeinsame Gesetze. Das Wirtschaftsleben umfasst Herstellung, Verteilung und Verbrauch von Gütern. [Q32]

Bereich	Worum es geht	Leitgedanke bei Steiner
Geistesleben	Lernen, Forschen, Kunst und eigene Überzeugungen	Freiheit
Rechtsleben	Rechte und demokratische Regeln	Gleichheit
Wirtschaftsleben	Herstellen, Verteilen und Versorgen	Brüderlichkeit: Zusammenarbeit für die Bedürfnisse anderer

Diese drei Leitgedanken sollen nach Steiner jeweils zum passenden Bereich gehören. Es geht um unterschiedliche Aufgaben. Die Menschen werden dabei nicht in drei Gruppen eingeteilt. Dieselbe Person nimmt am kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Leben teil. [Q32]

Warum diese Unterscheidung wichtig ist

Steiner kritisiert, dass wirtschaftliche Macht auch Rechte und Bildung beherrschen kann. In seinem Aufsatz „Geistesleben, Rechtsordnung, Wirtschaft“ beschreibt er diesen Zusammenhang. Wer wirtschaftlich stark ist, soll dadurch keine besonderen Rechte erhalten. Auch geistige Arbeit soll nicht von wirtschaftlichen Interessen bestimmt werden. Das ist Steiners Forderung. [Q33]

Ein Beispiel zum Verstehen: Eine Person kann Unterricht gestalten, bei einer demokratischen Entscheidung abstimmen und Lebensmittel kaufen. Bei diesen Tätigkeiten stellen sich verschiedene Fragen: Was hilft beim Lernen? Welche Regeln gelten für alle? Wie werden Menschen versorgt?

Für unsere Vereinsforschung ergeben sich daraus eigene Fragen: Kann Forschung unabhängig urteilen? Gelten gleiche Rechte unabhängig vom Vermögen? Dient wirtschaftliche Zusammenarbeit der Versorgung? Steiners Ansatz ergänzt damit die Frage nach Geldflüssen um die Frage nach Zuständigkeiten und Macht. Die Zehn-Prozent-Regel und die Beträge unserer Rechnung sind Festlegungen unseres Projekts.

Jakob Fugger: Geld verleihen und Wohnraum stiften

Jakob Fugger verband große Geldgeschäfte mit politischer Macht. Er verlieh Geld an Erzherzog Sigismund. Diese Kredite halfen dem Fuggerunternehmen beim Zugang zum Tiroler Silbergeschäft. Auch Maximilian I. erhielt seine finanzielle Unterstützung. Eine digitale historische Ausstellung beschreibt diese Verbindungen. [Q23]

1521 gründete Jakob Fugger die Fuggerei, auch im Namen seiner Brüder Georg und Ulrich. Sie sollte bedürftigen Augsburgern Wohnraum geben. Eine Stiftung hält Vermögen für einen bestimmten Zweck zusammen. Die Aufnahme war an Bedingungen gebunden. Es war kein allgemeines Grundeinkommen. [Q23, Q24]

Für unsere Forschung ergeben sich zwei Fragen: Welche Abhängigkeiten können entstehen, wenn Herrscher Geld leihen? Wie kann Vermögen langfristig zur Versorgung von Menschen beitragen?

Beides gehört zur Untersuchung: das Geschäft mit Krediten und der soziale Zweck einer Stiftung. Wir fragen jeweils, wer bezahlt, wer entscheidet und wer davon profitiert.

Zur Familiengeschichte Saurwein besteht hier eine Verbindung der Themen: Versorgung, Vermögen und Verantwortung. Eine verwandtschaftliche oder geschäftliche Verbindung zu Fugger wird damit nicht behauptet.

Georg Kropp und die gemeinschaftliche Selbsthilfe für Wohnraum

Georg Kropp lebte von 1865 bis 1943. Er wollte Menschen mit wenig Geld den Weg zu einem eigenen Heim erleichtern. 1921 entstand der Verein „Gemeinschaft der Freunde“. Die Arbeit als Bausparkasse begann 1924. Die schwere Inflation von 1923 hatte den ersten Anlauf unterbrochen. Gründung und Wiederbeginn gehören deshalb zu unterschiedlichen Zeitpunkten. [Q38, Q39, Q41]

Die Grundidee war einfach: Viele Menschen sparen regelmäßig in eine gemeinsame Kasse. Sobald genug Geld vorhanden ist, erhält eine Person die Mittel für ihr Bauvorhaben. Sie zahlt das Darlehen anschließend zurück. Ihre Rückzahlungen helfen dabei, das nächste Vorhaben zu finanzieren. So wird aus vielen einzelnen Sparanstrengungen eine organisierte Hilfe zur Selbsthilfe. [Q38, Q39]

Ein vereinfachtes Beispiel: Zehn Familien sparen jeweils 1.000 Euro. Zusammen haben sie 10.000 Euro. Dieser Betrag kann einem ersten Vorhaben zugeteilt werden. Danach fließen weitere Sparbeiträge und vereinbarte Rückzahlungen in die Kasse. Erst wenn wieder genug verfügbar ist, folgt die nächste Zuteilung. Das Beispiel erklärt den Geldfluss; es nennt keine heutigen Baukosten und verspricht keinen bestimmten Auszahlungstermin.

Für den gemeinsamen Topf braucht es klare Regeln: Wer darf teilnehmen? Wie wird die Reihenfolge bestimmt? Welche Rückzahlungen sind nötig? Was geschieht, wenn jemand nicht mehr zahlen kann? Aus einer frühen Zuteilung entsteht zunächst auch eine Schuld gegenüber der Gemeinschaft. Das Heim ist dadurch weder sofort schuldenfrei noch automatisch vor einer Pfändung geschützt.

War dieses historische Modell vollkommen zinsfrei? Das lässt sich nicht pauschal behaupten. Eine Anzeige der Gemeinschaft der Freunde in den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 2. September 1928 wirbt ausdrücklich mit Baugeld zu vier und fünf Prozent Zinsen. Die Selbstdarstellung beschreibt günstige Baufinanzierung, aber keinen allgemeinen Verzicht auf jeden Darlehenszins. Für andere Zeitpunkte sind die jeweiligen Verträge und Tarife zu prüfen. [Q40]

Der belegte Kern bleibt wichtig: Menschen bündelten ihre eigenen Sparleistungen und finanzierten damit Wohnraum. Für unsere Forschung ist das ein praktisches Beispiel gemeinschaftlicher Organisation. Es beweist für sich allein noch keine vollständige Unabhängigkeit vom Finanzmarkt und keine Finanzierbarkeit eines ganzen Staatshaushalts.

Die Brücke zu unserer Euro-Rechnung ist der Rückfluss in eine gemeinsame Kasse. Die Regeln sind jedoch verschieden: Beim Bausparen fließen Sparbeiträge und Darlehensrückzahlungen zurück. Unser untersuchtes Modell teilt erfasste reguläre Bruttozahlungen in 90 Prozent für die Empfänger und zehn Prozent für gemeinsame Aufgaben auf. Diese Aufteilung ist eine eigene Modellregel. Sie hebt bestehende Zinsverträge nicht von selbst auf und beweist nicht, dass ruhendes Guthaben verschwinden muss.

Das zusätzliche Grundeinkommen soll die wirtschaftliche Teilhabe jedes Menschen stärken. Die Modellrechnung setzt monatlich 1.500 Euro brutto an: 150 Euro Rückfluss und 1.350 Euro persönliche Auszahlung. Verlässliche Finanzierung und ein rechtlich wirksamer Pfändungsschutz sind Ziele, deren Umsetzung gesondert zu prüfen ist.

Kropps Beispiel stellt damit eine menschliche Frage in den Mittelpunkt: Wie können wir unsere Kräfte so zusammenlegen, dass aus der Lebensleistung vieler Menschen ein sicherer Lebensraum entsteht? Die Antwort braucht nachvollziehbare Regeln, verfügbare Mittel und Verantwortung gegenüber allen Beteiligten.

Die Mefo-Wechsel: Geldkreislauf aus dem Nichts

Ein Wechsel ist ein schriftliches Zahlungsversprechen. Eine Person oder ein Betrieb erhält damit einen Anspruch auf eine spätere Zahlung. Unter vereinbarten Bedingungen kann eine Bank diesen Anspruch schon vorher ankaufen. So kann ein Auftraggeber eine Lieferung finanzieren, ohne sie sofort aus laufenden Einnahmen zu bezahlen.

Ab 1934 setzte das nationalsozialistische Regime unter maßgeblicher Mitwirkung Hjalmar Schachts Mefo-Wechsel zur verdeckten Aufrüstung ein. Rüstungsunternehmen stellten Wechsel auf die Metallurgische Forschungsgesellschaft mbH aus. Diese eingeschaltete Gesellschaft nahm die Wechsel an; das Reich garantierte ihre Einlösung. Die Papiere konnten über Banken bei der Reichsbank refinanziert werden. [Q42, Q43]

Der Name einer Gesellschaft verdeckte dabei eine staatliche Finanzierung. Die geheimen Richtlinien des Reichsfinanzministeriums vom März 1938 nannten einen Mefo-Wechselumlauf von zwölf Milliarden Reichsmark. Sie beschrieben zugleich wirtschaftliche und währungspolitische Spannungen und verlangten eine Umstellung der Finanzierung. [Q43]

Was bedeutet hier „aus dem Nichts“? Gemeint ist die Schaffung zusätzlicher Kreditansprüche. Ein Zahlungsversprechen errichtet aber noch kein Gebäude und stellt keine Maschine her. Arbeitskraft, Rohstoffe und Energie mussten tatsächlich bereitgestellt werden. Diese Mittel wurden für die Aufrüstung verwendet und standen nicht zugleich für die zivile Versorgung zur Verfügung.

Die rechtliche Absicherung war die Bürgschaft des Reichs. Daraus entstand keine persönliche Bürgschaft jedes Menschen. Wenn wir von einer Belastung der Bevölkerung sprechen, betrachten wir die wirtschaftliche Seite: Staatliche Schuldverpflichtungen beanspruchen künftige Einnahmen und die dahinterstehende Wirtschaftsleistung. Wer die Ausgaben bestimmt, entscheidet damit auch über den Einsatz menschlicher Lebenszeit. [Q42, Q43]

Das Regime lenkte Preise und Löhne zunehmend; im Herbst 1936 kam ein allgemeiner Preisstopp hinzu. Ein festgesetzter Preis beseitigt jedoch weder einen Gütermangel noch die Beanspruchung der Produktion durch Rüstung. Die Finanzierungsrichtlinien von 1938 forderten außerdem, große Einrichtungen des Kreditwesens durch Verwaltung oder gesetzliche Maßnahmen weiter in die Reichsfinanzierung einzuspannen. [Q43, Q44]

Die geprüften Quellen belegen keine allgemeine gesetzliche Verpflichtung aller Menschen, Mefo-Wechsel wie Bargeld anzunehmen. Auch die Behauptung, schon ab 1934 hätten alle ihre Löhne auf besondere staatliche Zwangssparkonten einzahlen müssen, geht darüber hinaus. Das spätere Kriegssparen und die Einschränkungen des Konsums gehören in eine gesondert zu untersuchende Phase der Kriegswirtschaft.

Im Frühjahr 1938 endete die Neuausgabe der Mefo-Wechsel. Die bestehenden Verpflichtungen blieben bestehen. Für die ab 1939 fälligen Papiere sahen die Richtlinien Haushalts- oder Anleihemittel zur Tilgung vor. In seiner Aussage von 1945 beschrieb Reichsbankdirektor Emil Puhl die Gefahr, dass weitere Kreditexpansion bei ausgelasteter Wirtschaft nicht mehr entsprechend zusätzliche Produktion hervorbringe. Puhl war selbst Beteiligter; seine spätere Darstellung wird deshalb mit zeitgenössischen Akten verglichen. [Q43, Q45]

Für unsere Vereinsforschung lautet die Schlussfolgerung: Geldregeln müssen zusammen mit ihren Zwecken, den tatsächlichen Leistungen und der Verteilung von Entscheidungsmacht betrachtet

werden. Ein großer Finanzierungsumfang sagt allein noch nichts darüber aus, ob ein Kreislauf den Menschen dient.

„Geld darf niemals als Waffe zur Verhaltenskontrolle missbraucht werden!“ Dieser Vereinsgrundsatz steht für transparente Regeln, friedliche Versorgung und persönliche Selbstbestimmung. Unsere Euro-Rechnung untersucht dazu einen eigenen Ansatz für Gemeinschaftsrückfluss und zusätzliches Grundeinkommen. Das historische Beispiel erklärt die Gefahren verdeckter Finanzierung; es ersetzt nicht die Prüfung unseres heutigen Forschungsmodells.

Hermann Josef Abs – Banken, Macht und die Verhandelbarkeit von Schulden

Ein Bankier zwischen Wirtschaft und Politik. Hermann Josef Abs lebte von 1901 bis 1994. Im Januar 1938 trat er in den Vorstand der Deutschen Bank ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er zu den einflussreichen Gestaltern der westdeutschen Finanzwirtschaft. Von 1957 bis 1967 war er Vorstandssprecher der wieder zusammengeführten Deutschen Bank, danach bis 1976 Vorsitzender ihres Aufsichtsrats. Er beriet außerdem Bundeskanzler Konrad Adenauer in Finanzfragen. Seine Laufbahn zeigt, wie eng Entscheidungen einer Großbank mit Industrie und staatlicher Politik verbunden sein können. [Q53, Q54]

Seine Rolle in der NS-Zeit. Abs war bei der Deutschen Bank für das Auslandsgeschäft zuständig. Die Deutsche Biographie beschreibt seine entscheidende Beteiligung an der sogenannten „Arisierung“ des Bankhauses Mendelssohn und des Unternehmens Adler & Oppenheimer. „Arisierung“ war die damalige Bezeichnung dafür, jüdische Eigentümer unter Verfolgungsdruck aus ihren Unternehmen und ihrem Besitz zu verdrängen. Für die Betroffenen bedeutete dies den Verlust wirtschaftlicher Selbstständigkeit und ihrer Lebensgrundlage. Auch diese Seite seiner Tätigkeit gehört zur Geschichte des Bankiers. [Q55]

Für die Forschung ist hier der Weg des Eigentums wichtig: Wer verlor einen Betrieb oder einen Anteil? Wer übernahm ihn? Wer bestimmte den Preis und wer zog daraus einen wirtschaftlichen Vorteil? Eine Übertragung in den Geschäftsbüchern erklärt noch nicht, ob die betroffenen Menschen frei entscheiden konnten. Finanzvorgänge müssen deshalb zusammen mit den politischen Machtverhältnissen betrachtet werden.

Das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Nach dem Krieg leitete Abs die deutsche Delegation bei den Verhandlungen über die Auslandsschulden. Das am 27. Februar 1953 unterzeichnete Abkommen verringerte einen Teil der Schulden und legte Bedingungen für die Rückzahlung der verbleibenden Verpflichtungen fest. Damit wurde der Zugang der Bundesrepublik zu internationalen Krediten erleichtert. Es handelte sich um eine ausgehandelte Regelung zwischen Deutschland, anderen Staaten und Gläubigerinteressen. Abs entschied darüber nicht allein. [Q54, Q56]

Ein Gläubiger ist jemand, der einen Anspruch auf Zahlung hat. Ein Schuldner muss zahlen. Bei den Londoner Verhandlungen wurden solche Ansprüche und Rückzahlungsregeln neu geordnet. Die Gläubiger verzichteten auf Teile ihrer Forderungen oder akzeptierten veränderte Bedingungen. Im Gegenzug sollte die verbleibende Rückzahlung wieder verlässlich möglich werden. Das Abkommen zeigt damit: Schuldenbedingungen werden durch Verträge und politische Entscheidungen gestaltet. [Q54, Q56]

Wer zahlt und wer erhält das Geld? Bei öffentlichen Schulden fließen vereinbarte Zahlungen aus staatlichen Mitteln an die jeweiligen Gläubiger. Dahinter stehen öffentliche Einnahmen und die Wirtschaftsleistung von Menschen und Betrieben. Eine geringere laufende Schuldenlast kann dem Staat mehr finanziellen Spielraum lassen. Welche Menschen davon profitieren, hängt anschließend davon ab, wofür dieser Spielraum tatsächlich verwendet wird. Das ist anhand von Haushalten und Zahlungen zu untersuchen.

Die Verbindung zu unserer Vereinsforschung. Nach den Mefo-Wechseln eröffnet Abs einen weiteren Blick auf Geld und Macht: Zuerst wurden zusätzliche Verpflichtungen zur Aufrüstung geschaffen; später wurden andere deutsche Auslandsschulden international neu geregelt. Das sind unterschiedliche Vorgänge. Gemeinsam stellen sie die Frage, wer über Finanzierung und Rückzahlung entscheidet und welche Folgen die Regeln für die Bevölkerung haben.

Unsere Euro-Forschung greift diese Frage auf. Wir untersuchen, wie gemeinsame Aufgaben nachvollziehbar finanziert werden und wie Kaufkraft bei den Menschen verfügbar bleibt. Der historische Beitrag von Abs liegt für dieses Buch in der Verhandelbarkeit von Schuldenbedingungen und der Verantwortung wirtschaftlicher Entscheidungsträger. Die Geschichte macht sichtbar, dass hinter Finanzregeln menschliche Entscheidungen und konkrete Interessen stehen.

Der moderne Gral – Technologie, Macht und Selbstbestimmung



KI-generiertes Symbolbild: Der Gral als Bild für Technologie und Entscheidungsmacht.

Der Gral als Bild für Entscheidungsmacht

In Geschichten und Verfilmungen steht der heilige Gral häufig für etwas, dessen Besitz außergewöhnliche Macht verspricht. Als Bild führt uns dieser Gedanke zu einer heutigen Frage: Wer verfügt über die Mittel, von denen andere Menschen abhängig werden? In der digitalen Wirtschaft gehören dazu Rechenleistung, Programme, Daten und die Zugänge zu wichtigen Diensten. Der Gral-Vergleich ist eine Deutung unseres Forschungsprojekts. Die folgenden Beispiele untersuchen konkrete Unternehmen, Verträge und technische Regeln.

Macht zeigt sich im Alltag: Wer legt Preise fest? Wer entscheidet über Zugänge? Wie leicht lässt sich ein Anbieter wechseln? Wer seine Arbeit, Kundendaten oder Kommunikation vollständig einem fremden System anvertraut, braucht verlässliche Antworten auf diese Fragen.

Die Cloud steht auf realem Boden

Eine Cloud ist kein schwerelos Speicher am Himmel. Es sind Computer in Rechenzentren, die anderen Menschen über ein Netz zur Verfügung stehen. Dahinter stehen Grundstücke, Gebäude, Chips, Leitungen, Stromversorgung, Kühlung und die Arbeit vieler Beschäftigter. Wer diese Infrastruktur besitzt oder über ihren Zugang entscheidet, hat eine wichtige Stellung im digitalen Kreislauf.

Die Internationale Energieagentur beziffert den weltweiten Stromverbrauch der Rechenzentren für 2024 auf rund 415 Terawattstunden, etwa 1,5 Prozent des globalen Stromverbrauchs. Das betrifft Rechenzentren insgesamt, nicht allein KI. Ihr Bericht von 2025 erwartet im Basisszenario für 2030 rund 945 Terawattstunden. Die erste Zahl ist eine historische Schätzung, die zweite eine Modellprojektion. Versorgung, Netzausbau und örtliche Belastungen gehören deshalb zur Untersuchung digitaler Entwicklung. [Q60]

Dem Geld folgen statt nur Versprechen betrachten

Ein konkretes Beispiel liefert Microsofts Geschäftsbericht für das am 30. Juni 2026 beendete Geschäftsjahr. Die Kapitalflussrechnung nennt 115,948 Milliarden US-Dollar Auszahlungen für Sachinvestitionen und 26,445 Milliarden US-Dollar ausgezahlte Bardividenden. Sachinvestitionen betreffen unter anderem Gebäude und technische Anlagen; Dividenden sind Ausschüttungen an Aktionäre. Die Investitionssumme ist eine unternehmensweite Angabe und kein gesonderter Nachweis ausschließlich für KI-Ausgaben. Die Originalbeträge stehen hier in US-Dollar; die österreichische Modellrechnung dieses Buches bleibt in Euro. [Q58]

Die Geldwege haben unterschiedliche Empfänger: Kunden bezahlen Leistungen, Unternehmen beschäftigen Menschen und beschaffen Anlagen, Eigentümer erhalten beschlossene Ausschüttungen. Für die Prüfung einzelner Projekte brauchen wir zusätzlich Verträge, Zahlungsnachweise und die jeweiligen Empfänger. Eine Gesamtsumme aus dem Jahresbericht ersetzt diese Einzelprüfung nicht. Sie macht aber sichtbar, in welcher Größenordnung wirtschaftliche Entscheidungen stattfinden.

Wenn Geldgeber zugleich Lieferanten sind

Die US-Wettbewerbsbehörde FTC untersuchte Partnerschaften zwischen Microsoft und OpenAI sowie zwischen Amazon beziehungsweise Alphabet und Anthropic. Ihr im Januar 2025 veröffentlichter Bericht beschreibt Beteiligungs- und Erlösrechte, Mitspracherechte und teilweise exklusive Bindungen. Er nennt auch Verpflichtungen, einen großen Teil der erhaltenen Investitionsmittel wieder für Cloud-Dienste des jeweiligen Partners auszugeben. Die Untersuchung stützt sich auf bis September 2024 erhobene Informationen und öffentliche Angaben bis Januar 2025. Sie beschreibt diesen Untersuchungsstand. [Q59]

Der nachvollziehbare Weg lautet in solchen Vertragskonstellationen: Geldgeber stellt Investitionsmittel bereit; das KI-Unternehmen bezieht Rechenleistung; ein Teil der Mittel fließt als Bezahlung an den Cloud-Partner zurück. Welche Rechte und Beträge für einen einzelnen Vertrag gelten, muss an diesem Vertrag geprüft werden. Beteiligung, Kauf einer Leistung und tatsächliche Einflussnahme sind dabei getrennte Fragen.

Freiheit braucht einen gangbaren Ausgang

Die britische Wettbewerbsbehörde CMA kam in ihrem Abschlussbericht vom Juli 2025 zu dem Ergebnis, dass der Wettbewerb bei Cloud-Diensten nicht gut funktioniert. Ihre Untersuchung beschreibt hohe Marktkonzentration sowie technische und geschäftliche Wechselhindernisse. Für 2024 nennt sie im Infrastruktursegment für Microsoft und Amazon Web Services jeweils einen Anteil von 30 bis 40 Prozent. Die Untersuchung betrifft britische Kunden; die abgegrenzten Märkte reichen über das Vereinigte Königreich und den Europäischen Wirtschaftsraum. Daraus lässt sich kein weltweiter Anteil ableiten. [Q57]

Für Nutzer ist die praktische Frage einfach: Bekomme ich meine Daten in einem brauchbaren Format zurück? Kann ich das Programm ersetzen? Welche Kosten entstehen beim Wechsel? Lassen sich die wichtigsten Aufgaben bei einem Ausfall weiterführen? Ein günstiger Einstieg sagt darüber noch wenig aus. Selbstbestimmung braucht einen tatsächlich nutzbaren Ausgang.

Von gemeinschaftlicher Selbsthilfe zur digitalen Infrastruktur

Georg Kropps Beispiel führt zu einer Grundidee: Menschen organisieren gemeinsam Mittel und Regeln für ein konkretes Bedürfnis. Im digitalen Bereich lässt sich entsprechend untersuchen, welche Dienste eine Gemeinschaft selbst betreiben oder gemeinsam beauftragen kann. Das kann

einen kleinen Server, gemeinsame Sicherungen, offene Dateiformate und verteilte Zuständigkeiten umfassen. Es ist eine Gestaltungsfrage unseres Vereins, keine bereits nachgewiesene Wirkung eines bestimmten Vorhabens.

Ein technisches Beispiel für Zusammenarbeit verschiedener Betreiber ist ActivityPub. Der offene Standard des World Wide Web Consortiums beschreibt, wie soziale Netzwerkdienste Inhalte zwischen eigenen Servern austauschen. Ein gemeinsames Regelwerk ermöglicht damit Kommunikation über Betreiber Grenzen hinweg. [Q61] Für echte Selbstbestimmung müssen zusätzlich Eigentum, Finanzierung, Wartung und Mitspracherechte geklärt sein. Ein offener Standard allein beantwortet diese organisatorischen Fragen noch nicht.



KI-generiertes Symbolbild: Menschen beraten gemeinsam über digitale Selbsthilfe.

Die Menschen halten auch den digitalen Kreislauf in Bewegung

Menschen entwickeln Programme, fertigen Bauteile, bauen Stromnetze, pflegen Anlagen und bezahlen Leistungen. Auch eine hochentwickelte digitale Wirtschaft bleibt auf diese menschliche und materielle Grundlage angewiesen. Für unsere Forschung steht deshalb die Frage im Mittelpunkt, wie Nutzen und Entscheidungsmacht zu den Menschen zurückfinden, die den Kreislauf tragen.

Wir prüfen dazu fünf Punkte: Wer bezahlt? Wer besitzt die Infrastruktur? Wer entscheidet über Zugang und Regeln? Wer erhält den wirtschaftlichen Ertrag? Wie können Menschen mitentscheiden und den Anbieter wechseln? Die Antworten müssen anhand von Unterlagen und praktischen Versuchen nachvollziehbar werden.

Unser Leitgedanke bleibt: Geld darf niemals als Waffe zur Verhaltenskontrolle missbraucht werden. Bei Technologie stellen wir entsprechend die Frage nach Würde und Selbstbestimmung. Das Forschungsziel ist ein verlässlicher Alltag, in dem technische Werkzeuge den Menschen dienen und gemeinsame Verantwortung ermöglichen.

Der Schweizer Wirtschaftsring

Das vorhandene Pilotpapier nennt auch den 1934 entstandenen Schweizer Wirtschaftsring. Das war eine Genossenschaft: Menschen beziehungsweise Betriebe organisierten gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Die heutige WIR Bank gehört zu dieser Geschichte.

Für einen genauen Vergleich wären die früheren Regeln, die heutigen Bedingungen und die tatsächlich gemessenen Ergebnisse zu untersuchen. Wir behandeln den Wirtschaftsring nicht als dasselbe System wie unseren Vorschlag.

Unser Projekt nutzt diese Anregungen. Seine eigenen Regeln und Ergebnisse muss es selbst verantworten.

Stephan Schulmeister und die systemischen Ursachen der Finanzkrise

Warum wurde aus Problemen mit amerikanischen Immobilienkrediten eine weltweite Krise?

Stephan Schulmeister geht über die Suche nach einzelnen Schuldigen hinaus. In seinen Arbeiten von 2009 untersucht er, wie sich über Jahre ein Krisenpotenzial aufbaute. Die Hypothekenkrise war in dieser Erklärung der Auslöser; die Voraussetzungen lagen tiefer. [Q62, Q63]

Die Regeln lenken das Gewinnstreben

Schulmeister unterscheidet Realkapitalismus und Finanzkapitalismus. Im ersten Fall versprechen Investitionen in Betriebe, Maschinen und Beschäftigung attraktive Erträge. Im zweiten gewinnen Finanzanlagen und Spekulation an Bedeutung. Seine These lautet: Veränderte Spielregeln verschieben das Gewinnstreben. Starke Schwankungen von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Börsenkursen erschweren dabei die Planung in der Realwirtschaft. [Q62]

Wenn steigende Vermögenspreise wieder fallen

Steigen Häuser- und Aktienpreise, wachsen zunächst die rechnerischen Vermögen. Fallen die Preise anschließend stark, bleiben zuvor eingegangene Schulden bestehen. Haushalte und Betriebe schränken ihre Ausgaben ein; Banken werden vorsichtiger bei Krediten. So verstärken sich finanzielle Verluste und die Schwäche der Wirtschaft gegenseitig. Schulmeister untersucht diese Verbindung als einen Prozess, nicht als ein einzelnes Ereignis. [Q63]

Nicht der Zins allein erklärt die Krise

Für Schulmeister entscheidet auch die Verwendung des Geldes. In seiner Untersuchung des Vollgeldsystems von 2016 hält er die Abschaffung privater Kreditgeldschöpfung nicht für eine ausreichende Antwort auf Finanzspekulation. Er warnt vor einer übermächtigen Zentralbank und vor einer Schwächung der Finanzierung realer Investitionen. Sein Ansatz fragt deshalb nach den Anreizen, Regeln und Machtverhältnissen innerhalb des Geldsystems. [Q64]

Die WU Wien als Quellenort

Auf der Website der Wirtschaftsuniversität Wien sind Schulmeisters Unterlagen „Die Finanzmarktkrisen und ihre Folgen“ veröffentlicht. Sie stammen vom 4. Wiener Wirtschaftsdidaktik-Kongress am 21. November 2014. Darin vergleicht er die Interessen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital und stellt Finanzmarktvolumina der Wirtschaftsleistung gegenüber. Die Unterlagen erweitern unsere Quellensammlung um eine öffentlich zugängliche Darstellung für die wirtschaftliche Bildung. [Q68]

Für unsere Forschung ergibt sich daraus eine konkrete Frage: Welche Finanzierungsregeln stärken Produktion, Versorgung und die wirtschaftliche Sicherheit der Menschen? Der Blick richtet sich damit auch auf die Wege, auf denen Geld zwischen Haushalten, Betrieben, Finanzmärkten und öffentlicher Hand fließt.

Prof Richard A Werner und die Entstehung von Bankgeld

Woher kommt das Geld, das eine Bank als Kredit vergibt? Prof. Richard A. Werner hat diese Frage anhand tatsächlicher Bankbuchungen untersucht. Seine Arbeit von 2014 dokumentiert einen Test bei der Raiffeisenbank Wildenberg. Das Ergebnis stützt die Kreditgeldtheorie: Die untersuchte Bank schrieb bei der Kreditvergabe neues Kontogeld gut, statt nur einen bereits vorhandenen Betrag eines anderen Sparers weiterzureichen. [Q65]

Zwei Seiten derselben Buchung

Ein einfaches Beispiel hilft: Eine Bank vergibt einen Kredit über 10.000 Euro und schreibt den Betrag dem Konto des Kreditnehmers gut. Gleichzeitig verbucht sie einen Anspruch auf Rückzahlung. Der Kreditnehmer erhält ein Guthaben und übernimmt eine Schuld. Die Bank erhält eine Forderung und schuldet dem Kunden die Bereitstellung des Guthabens. Das Beispiel erklärt den Buchungsvorgang; es ist kein schuldenfreies Geschenk. [Q65, Q66]

Ein kontrollierter zweiter Test

Werners 2016 veröffentlichte Folgearbeit enthält einen weiteren Test: In der Banksoftware wurde ein Kredit von 200.000 Euro zu einem abgeschlossenen Rechnungsstand hinzugebucht. Andere laufende Kundengeschäfte sollten das Ergebnis dadurch nicht überlagern. Die ausgewiesenen Kreditforderungen und Kundeneinlagen stiegen jeweils um denselben Betrag. Der Versuch war eine kontrollierte Testbuchung, keine zweite gleichartige Auszahlung im laufenden Tagesgeschäft. [Q66]

Entscheidend ist auch die Richtung des Kredits

Werner unterscheidet bei der Untersuchung von Kreditwirkungen nach dessen Verwendung. Ein Kredit für zusätzliche Produktion erfüllt eine andere wirtschaftliche Funktion als ein Kredit zum Kauf bereits vorhandener Vermögenswerte. In seiner Forschung zur Kreditverteilung steht deshalb nicht nur die Geldmenge im Mittelpunkt, sondern auch die Frage, wer Kredit erhält und wofür er eingesetzt wird. Seine Arbeit an örtlichen Gemeinschaftsbanken gehört zu diesem Ansatz. [Q66, Q67]

Die Beobachtung der Geldschöpfung bedeutet nicht, dass eine Bank ohne Grenzen oder ohne Risiken Kredite vergeben darf. Rückzahlung, Liquidität, Verluste und regulatorische Anforderungen bleiben eigenständige Fragen. Für die Vereinsforschung ist der konkrete Befund wichtig: Eine Finanzierung lässt sich erst verstehen, wenn ihre Buchungen und Verpflichtungen sichtbar werden.

Was beide Ansätze für unsere Forschung beitragen

Schulmeister untersucht die wirtschaftlichen Spielregeln und die Entstehung von Krisen. Werner untersucht die Rolle der Banken bei der Schaffung und Verteilung von Kreditgeld. Beide Perspektiven führen zur Frage, wie finanzielle Entscheidungen mit Arbeit, Versorgung und der Verteilung von Möglichkeiten verbunden sind. Daraus folgt ein Forschungsauftrag: Die Geldwege und ihre Wirkungen nachvollziehen.

Vom Kontoeintrag zum Nutzen im Alltag

Eine Kontogutschrift baut noch kein Haus und erzeugt noch kein Lebensmittel. Sie eröffnet Verfügungsmöglichkeiten, denen Arbeit, Material, Energie und vertragliche Verpflichtungen gegenüberstehen. Deshalb betrachten wir die Finanzierung gemeinsamer Aufgaben zusammen mit ihren realen Grundlagen: Menschen, Betrieben und verfügbaren Leistungen.

Unsere Euro-Untersuchung stellt dazu eigene Fragen: Wer leistet eine Zahlung? Welcher Betrag erreicht den Empfänger? Welcher Anteil fließt an die Gemeinschaft? Welche Ansprüche und Pflichten entstehen? Die zehnprozentige Aufteilung und das zusätzliche Grundeinkommen sind Regeln unseres Forschungsmodells. Sie werden Schulmeister und Werner nicht als eigene Vorschläge zugeschrieben.

Originalquellen und offengelegte Beziehungen

Schulmeisters Krisenstudie von 2009 erschien in einer Reihe der Arbeiterkammer Wien; seine Vollgeldkritik wurde als WIFO Working Paper veröffentlicht. Werner arbeitete für die Bankversuche mit der Raiffeisenbank Wildenberg zusammen. Die Bank stellte Unterlagen, Personal und technische Zugänge bereit. Seine eigene Biografie nennt zudem Tätigkeiten in der Finanzwirtschaft und sein Engagement für Gemeinschaftsbanken. Diese Beziehungen gehören zur Einordnung der Quellen; aus ihnen allein folgt kein Nachweis einer Einflussnahme auf Ergebnisse. [Q63–Q67]

Der Maßstab bleibt die Lebenswirklichkeit: Dienen Finanzierungsregeln der Versorgung und Selbstbestimmung der Menschen? Unsere Antwort muss sich an offenen Daten, verständlichen Rechnungen und überprüfbaren Abläufen bewähren. Geld darf niemals als Waffe zur Verhaltenskontrolle missbraucht werden.

Österreichs Finanzmarkt: Regeln, Zuständigkeiten und Geldwege

Die Forschungsfragen haben auch eine konkrete österreichische Seite. Das Bundesministerium für Finanzen beschreibt auf seiner Themenseite „Finanzmarkt“ den Auftrag, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die volkswirtschaftliche Funktion der Finanzmärkte zu gestalten. Genannt werden die Finanzierung von Investitionen sowie ein transparenter und fairer Austausch zwischen Anlegern und Kapitalnehmern. [Q69]

Vernetzung schafft Möglichkeiten und Risiken

Das BMF nennt zwei Folgen der internationalen Verflechtung: Kapital lässt sich über größere Märkte verteilen; zugleich steigt durch die Vernetzung die Störanfälligkeit. Diese behördliche Darstellung berührt Schulmeisters Frage nach systemischen Krisenursachen. Für unsere Forschung ergibt sich daraus die Aufgabe, den Weg der Mittel vom Geldgeber bis zur tatsächlichen Verwendung nachzuzeichnen. [Q69]

Wer kontrolliert welche Vorgänge?

Auf der Unterseite „Finanzmarktaufsicht“ erläutert das BMF die Aufgaben von FMA und OeNB sowie die europäischen Aufsichtsstrukturen. Die FMA wird als unabhängige, weisungsfreie Aufsichtsbehörde beschrieben. Das Ministerium unterscheidet seine Rechtsaufsicht über die FMA von deren fachlichen Aufsichtsaufgaben. Die Darstellung nennt außerdem die Finanzierung der Aufsicht vornehmlich durch beaufsichtigte Unternehmen. Die Seite trägt den Aktualisierungsstand 29. März 2021; für heutige Einzelfälle sind die aktuellen Zuständigkeiten und Finanzierungszahlen gesondert zu prüfen. [Q70]

Der Anschluss an die Vereinsforschung

Damit stehen drei Untersuchungsebenen nebeneinander: Schulmeister untersucht die Spielregeln und Krisendynamik; Werner die Buchung und Verwendung von Bankkrediten; die BMF-Quellen beschreiben staatliche Aufgaben und Aufsichtsstrukturen. Unsere Fragen lauten: Wer stellt Mittel bereit? Wer erhält sie? Wofür werden sie verwendet? Wer trägt Kosten und Verluste? Die BMF-Seiten dienen als institutionelle Quellen für diese Prüfung. Das untersuchte Euro-Modell bleibt ein eigenständiges Forschungsprojekt des Vereins.

7 Geldbestand, Zahlungsstrom und Wirtschaftsleistung

Geld auf dem Konto und Geld in Bewegung

Stell dir vor, du hast 100 Euro auf deinem Konto. Das ist dein Geldbestand zu diesem Zeitpunkt. Bezahlst du damit jemanden, bewegt sich Geld. Der Empfänger kann es später wieder ausgeben.

Die Summe der Zahlungen in einem Zeitraum heißt Zahlungsvolumen. Dieselben Euro können dabei mehrfach verwendet werden. Darum kann das jährliche Zahlungsvolumen viel größer sein als der vorhandene Geldbestand.

Das Bruttoinlandsprodukt wird BIP abgekürzt. Es misst den Wert der wirtschaftlichen Leistung innerhalb eines Landes in einem Jahr. Vorleistungen werden dabei herausgerechnet. So soll zum Beispiel nicht derselbe Wert von Mehl und dem daraus gebackenen Brot vollständig doppelt zählen.

Geldbestand, Zahlungsvolumen und BIP sind also drei verschiedene Größen. Wir addieren sie nicht zu einer großen Geldkasse. Für unseren Rückfluss verwenden wir ausgewählte Zahlungsdaten der Oesterreichischen Nationalbank, kurz OeNB. [P3, Q13]

Wie Bankgeld entstehen kann

Die Bank of England erklärt: Vergibt eine Bank einen Kredit, kann dabei neues Kontogeld entstehen. Die Bank schreibt dem Kunden einen Betrag gut. Gleichzeitig schuldet der Kunde der Bank die Rückzahlung. Die Bank reicht dabei nicht bloß die Ersparnisse eines anderen Kunden weiter. Ihre Kreditvergabe hat wirtschaftliche und geldpolitische Grenzen. [Q14]

Ein Kredit ist geliehenes Geld. Zinsen sind der Preis, der für das Leihen vereinbart wird. Tilgung bedeutet, den geliehenen Betrag zurückzuzahlen. Zinsen und Tilgung sind also nicht dasselbe.

Was ein staatliches Defizit ist

Gibt der Staat mehr aus, als er einnimmt, entsteht ein Defizit. Nimmt er mehr ein, als er ausgibt, entsteht ein Überschuss. Beides bezieht sich auf einen bestimmten Zeitraum.

Der Staatshaushalt ist nicht dasselbe wie die eigene Jahresrechnung der Nationalbank. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland sind eine andere Rechnung. Für die Staatsdaten verwenden wir die statistische Gesamtrechnung von Statistik Austria. [Q15]

Mehrfach verwenden ist nicht doppelt zählen

Ein Kunde bezahlt einen Händler. Der Händler bezahlt später einen Lieferanten. Das sind zwei unterschiedliche Zahlungen. Unser Vorschlag sieht bei beiden einen Rückfluss vor.

Anders wäre es, dieselbe Zahlung in einer Statistik versehentlich zweimal zu zählen. Das muss vermieden werden. Auch das Verschieben von Geld zwischen eigenen Konten braucht eine klare Regel. Wir müssen deshalb genau wissen, welche Vorgänge die verwendete Statistik enthält.

8 Die untersuchte Finanzierung in Euro

Aus 100 werden 90 und 10

Eine Person bezahlt insgesamt 100 Euro. Davon erhält der Empfänger 90 Euro. Zehn Euro gehen in die gemeinsame Kasse. Wir nennen das Gemeinschaftsrückfluss. Die Summe bleibt 100 Euro.

Buchungsseite	Veränderung
Zahlender Mensch oder Betrieb	-100,00 €
Empfänger	+90,00 €
Gemeinschaftliche Kasse	+10,00 €
Summe	0,00 €

Diese Aufteilung erzeugt keine neuen Euro. Sie verteilt vorhandenes Geld. Die gemeinsame Kasse und die persönlichen Konten müssen dabei getrennt bleiben.

Unsere Rechnung untersucht einen Vorschlag für eine andere öffentliche Finanzierung. Ein Vereinsbeschluss ersetzt keine heute geltenden Steuern. Für eine staatliche Einführung wären rechtliche Entscheidungen erforderlich.

Das zusätzliche Grundeinkommen

Jeder Mensch soll monatlich 1.500 Euro brutto erhalten. Davon gehen 150 Euro in die gemeinsame Kasse zurück. Auf dem persönlichen Konto bleiben 1.350 Euro netto.

Im Jahr sind das je Mensch 18.000 Euro brutto, 1.800 Euro Rückfluss und 16.200 Euro persönliche Auszahlung. Vorhandene Pensionen und Sozialleistungen werden in unserer Rechnung nicht gekürzt.

Auch Löhne zählen dazu

Löhne, Gehälter und reguläre öffentliche Auszahlungen gehören zur untersuchten Regel. Bei einer vereinbarten Lohnzahlung von 3.000 Euro wären das 2.700 Euro für die Person und 300 Euro für die gemeinsame Kasse. Ein späterer Einkauf ist eine neue Zahlung.

Zehn Prozent einer Zahlung sind etwas anderes als zehn Prozent des Gewinns. Ein Betrieb muss von seinem erhaltenen Geld auch Material und andere Kosten bezahlen.

Was wir nicht doppelt einrechnen

Die Rechnung soll eine Ersatzfinanzierung untersuchen. Deshalb zählen wir heutige Staatseinnahmen nicht zusätzlich zum neuen Rückfluss. Zahlungen, die schon in der verwendeten Statistik stehen, werden ebenfalls nicht nochmals hinzugefügt.

Der Rückfluss aus dem neuen Grundeinkommen wird extra berechnet. Diese zusätzliche Auszahlung gab es in den historischen Daten noch nicht.

Noch genau festzulegen ist, welche Zahlungskategorien zur Grundlage gehören. Was geschieht mit heutigen Steuerzahlungen, wenn ihre bisherige Form ersetzt wird? Wie zählen Umbuchungen zwischen eigenen Konten? Das muss vor einer praktischen Anwendung geklärt sein.

Ein erwarteter Rückfluss ist noch kein vorhandenes Geld. Erst wenn eine Zahlung ausgeführt ist, kann ihr tatsächlicher Rückfluss als Einnahme verbucht werden.

9 Österreich von 2022 bis 2025

Welche Zahlen wir verwenden

Wir brauchen für jedes Jahr die Bevölkerung, die ausgewählten Zahlungssummen und die bisherigen Staatsausgaben. Dazu kommt unser angenommener Betrag für das neue Grundeinkommen. Die Daten stehen in der abgeglichenen Österreich-Arbeitsmappe. [P3]

„Unbare Zahlungen“ bedeutet Zahlungen ohne Bargeld, etwa Überweisungen. Wir rechnen mit zwei Gruppen: allen erfassten Zahlungen und dem engeren Teil an Empfänger in Österreich. Die Grundlage liefert die OeNB-Statistik. Der Wert für 2022 wurde aus einem bereitgestellten Bildschirmbild abgeschrieben. [Q13, P3]

Die Geldbeträge in den folgenden Tabellen stehen in Milliarden Euro. Nur die Bevölkerungszahl zählt Menschen.

Jahr	Bevölkerung im Rechenstand	Zahlungen gesamt	Davon nach Österreich	Staatsausgaben
2022	9.052.856	6.490,33301	5.377,16558	238,00
2023	9.128.967	8.094,84951	6.976,25533	250,00
2024	9.177.915	7.448,52694	6.282,20683	273,20
2025	9.204.461	7.167,58476	5.943,97453	282,68

Die Bevölkerungszahlen entsprechen dem bisherigen Projektstand. Für 2023 nennt das verwendete Jahrbuch an verschiedenen Stellen unterschiedliche Werte. Eine einheitliche aktuelle Datenreihe muss noch abgeglichen werden. Wir ändern die bisherigen Zahlen nicht unbemerkt. [Q16]

Schritt für Schritt rechnen

Zuerst nehmen wir zehn Prozent der ausgewählten Zahlungssumme. Dann berechnen wir das neue Grundeinkommen: Zahl der Menschen mal 1.500 Euro mal zwölf Monate. Davon fließen zehn Prozent zurück.

Auf der anderen Seite stehen die bisherigen Staatsausgaben und das ganze neue Grundeinkommen. Einnahmen minus Ausgaben ergeben den verbleibenden Betrag.

Ergebnis = $0,10 \times \text{Zahlungsbasis} + 0,10 \times \text{neues Brutto-Grundeinkommen} - \text{Staatsausgaben} - \text{neues Brutto-Grundeinkommen}$.

Das Zeichen $\times$ bedeutet „mal“. 0,10 entspricht zehn Prozent. „Zahlungsbasis“ ist die Summe der Zahlungen, die wir für den Rückfluss auswählen.

Man kann dieselbe Rechnung kürzer schreiben:

Ergebnis = $0,10 \times \text{Zahlungsbasis} - \text{Staatsausgaben} - 0,90 \times \text{neues Brutto-Grundeinkommen}$.

Warum funktioniert das? Zehn Prozent des Grundeinkommens kommen zurück. Als Aufwand bleiben deshalb neunzig Prozent. Der Rückfluss wird nicht zusätzlich als Geld von außen behandelt.

Die vollständige Rechnung für 2025

Im Projektstand werden 9.204.461 Menschen angesetzt. Für das jährliche Brutto-Grundeinkommen rechnen wir 9.204.461 mal 18.000 Euro. Das ergibt 165,680298 Milliarden Euro. Davon kommen 16,5680298 Milliarden zurück.

Zehn Prozent aller erfassten Zahlungen ergeben 716,758476 Milliarden Euro. Mit dem Rückfluss aus dem Grundeinkommen sind es 733,3265058 Milliarden Zufluss. Den Ausgaben von 448,360298 Milliarden steht damit ein größerer Zufluss gegenüber.

Rechenschritt 2025	Mrd. Euro
10 Prozent der gesamten Zahlungsbasis	716,7584760
Rückfluss aus neuem Grundeinkommen	16,5680298
Gemeinschaftszufluss zusammen	733,3265058
Bisherige Staatsausgaben	282,6800000
Neues Grundeinkommen brutto	165,6802980
Ausgaben zusammen	448,3602980
Verbleibender Betrag	284,9662078

Die Ergebnisse aller vier Jahre

In der letzten Spalte wird nur mit Zahlungen an Empfänger in Österreich gerechnet. Bevölkerung, Ausgaben und Prozentsatz bleiben gleich. Auch das ist eine Zahlungssumme und kein BIP.

Jahr	Neues Grundeinkommen brutto	Ergebnis gesamte Basis	Ergebnis nach Österreich
2022	162,951408	264,3770338	153,0602908
2023	164,321406	411,5956856	299,7362676
2024	165,202470	322,9704710	206,3384600
2025	165,680298	284,9662078	162,6051848

Die Ergebnisse sind in allen vier Jahren positiv. Unter den genannten Annahmen sind die bisherigen Staatsausgaben und das zusätzliche Grundeinkommen rechnerisch gedeckt. Zinsen wurden dabei nicht gestrichen.

Kleine Unterschiede in den Ausgangsdaten

Statistiken werden später manchmal berichtigt. Das heißt Revision. Die Staatsausgaben für 2022 bis 2024 stammen aus dem Märzstand 2026. Für 2025 verwendet die Hauptrechnung den späteren Septemberstand. [Q15, Q17]

Bei den abbeschriebenen Zahlungsdaten 2022 weicht die Summe aus Inland und Ausland um 0,03 Millionen Euro vom Gesamtwert ab. Das sind 30.000 Euro. Für die Gesamtbasis verwenden wir den dokumentierten Gesamtwert.

Eine Detailaufstellung nach staatlichen Aufgaben heißt COFOG. In der Arbeitsmappe ergeben ihre Einzelwerte 282,678 Milliarden Euro. Die dort genannte Gesamtsumme lautet 282,677 Milliarden. Für die Hauptrechnung werden 282,68 Milliarden verwendet. Diese Abweichungen bleiben sichtbar. [P3]

10 Die fünf Ergebnisgrafiken

Die Grafiken zeigen denselben Rechenweg mit verschiedenen Jahren und Zahlungssummen. Die Grundlage wird jeweils vollständig angesetzt. Davon fließen zehn Prozent in die gemeinsame Kasse. Das neue Grundeinkommen beträgt 1.500 Euro brutto je Mensch und Monat. Die bisherigen Staatsausgaben bleiben erhalten. [P3, P9]

So liest du die drei grünen Felder: Links steht der berechnete Zufluss. In der Mitte stehen Staat und neues Grundeinkommen zusammen. Rechts steht, was nach dem Abziehen der Ausgaben übrig bleibt. Der Zufluss enthält auch den Rückfluss aus dem neuen Grundeinkommen.

Alle folgenden Beträge stehen in Milliarden Euro. „Rechnerisch“ bedeutet: Das Ergebnis folgt aus unseren Annahmen und Zahlen. Es zeigt keinen bereits eingegangenen Geldbetrag.

Empfänger in Österreich 2022

Die ausgewählte Zahlungssumme beträgt 5.377,16558 Milliarden Euro. Daraus und aus dem Rückfluss des neuen Grundeinkommens ergeben sich 554,0116988 Milliarden Zufluss. Nach 400,951408 Milliarden Ausgaben bleiben rechnerisch 153,0602908 Milliarden Euro.

Österreich 2022

Zahlungsbasis: Nur Empfänger in Österreich

Bevölkerung im Rechenstand: 9.052.856

Modellannahmen: 100 % der gewählten Basis, 10 % Rückfluss, unveränderte Staatsausgaben



Zufluss einschließlich Rückfluss des neuen Grundeinkommens. Statische Rechnung, keine Ist-Einnahmen.

Abbildung 1 Zahlungen an Empfänger in Österreich 2022

Empfänger in Österreich 2023

Die ausgewählte Zahlungssumme beträgt 6.976,25533 Milliarden Euro. Daraus und aus dem Rückfluss des neuen Grundeinkommens ergeben sich 714,0576736 Milliarden Zufluss. Nach 414,321406 Milliarden Ausgaben bleiben rechnerisch 299,7362676 Milliarden Euro.

Österreich 2023

Zahlungsbasis: Nur Empfänger in Österreich

Bevölkerung im Rechenstand: 9.128.967

Modellannahmen: 100 % der gewählten Basis, 10 % Rückfluss, unveränderte Staatsausgaben

Gemeinschaftszufluss	Staat + Grundeinkommen brutto	Rechnerischer Überschuss
714,058 Mrd. €	414,321 Mrd. €	299,736 Mrd. €

Zufluss einschließlich Rückfluss des neuen Grundeinkommens. Statische Rechnung, keine Ist-Einnahmen.

Abbildung 2 Zahlungen an Empfänger in Österreich 2023

Empfänger in Österreich 2024

Die ausgewählte Zahlungssumme beträgt 6.282,20683 Milliarden Euro. Daraus und aus dem Rückfluss des neuen Grundeinkommens ergeben sich 644,74093 Milliarden Zufluss. Nach 438,40247 Milliarden Ausgaben bleiben rechnerisch 206,33846 Milliarden Euro.

Österreich 2024

Zahlungsbasis: Nur Empfänger in Österreich

Bevölkerung im Rechenstand: 9.177.915

Modellannahmen: 100 % der gewählten Basis, 10 % Rückfluss, unveränderte Staatsausgaben

Gemeinschaftszufluss	Staat + Grundeinkommen brutto	Rechnerischer Überschuss
644,741 Mrd. €	438,402 Mrd. €	206,338 Mrd. €

Zufluss einschließlich Rückfluss des neuen Grundeinkommens. Statische Rechnung, keine Ist-Einnahmen.

Abbildung 3 Zahlungen an Empfänger in Österreich 2024

Empfänger in Österreich 2025

Die ausgewählte Zahlungssumme beträgt 5.943,97453 Milliarden Euro. Daraus und aus dem Rückfluss des neuen Grundeinkommens ergeben sich 610,9654828 Milliarden Zufluss. Nach 448,360298 Milliarden Ausgaben bleiben rechnerisch 162,6051848 Milliarden Euro.

Österreich 2025

Zahlungsbasis: Nur Empfänger in Österreich

Bevölkerung im Rechenstand: 9.204.461

Modellannahmen: 100 % der gewählten Basis, 10 % Rückfluss, unveränderte Staatsausgaben

Gemeinschaftszufluss	Staat + Grundeinkommen brutto	Rechnerischer Überschuss
610,965 Mrd. €	448,360 Mrd. €	162,605 Mrd. €

Zufluss einschließlich Rückfluss des neuen Grundeinkommens. Statische Rechnung, keine Ist-Einnahmen.

Abbildung 4 Zahlungen an Empfänger in Österreich 2025

Gesamte erfasste Zahlungsbasis 2025

Die ausgewählte Zahlungssumme beträgt 7.167,58476 Milliarden Euro. Daraus und aus dem Rückfluss des neuen Grundeinkommens ergeben sich 733,3265058 Milliarden Zufluss. Nach 448,360298 Milliarden Ausgaben bleiben rechnerisch 284,9662078 Milliarden Euro.

Österreich 2025

Zahlungsbasis: Gesamte erfasste Zahlungen

Bevölkerung im Rechenstand: 9.204.461

Modellannahmen: 100 % der gewählten Basis, 10 % Rückfluss, unveränderte Staatsausgaben

Gemeinschaftszufluss	Staat + Grundeinkommen brutto	Rechnerischer Überschuss
733,327 Mrd. €	448,360 Mrd. €	284,966 Mrd. €

Zufluss einschließlich Rückfluss des neuen Grundeinkommens. Statische Rechnung, keine Ist-Einnahmen.

Abbildung 5 Gesamte erfasste Zahlungsbasis 2025

Die fünfte Grafik ist eine zweite Rechnung für 2025. Sie verwendet mehr Zahlungen als die vierte Grafik. Die beiden Ergebnisse für 2025 dürfen deshalb nicht zusammengezählt werden.

11 Was der Überschuss aussagt

Was die Rechnung zeigt

Ein Modell ist eine vereinfachte Beschreibung mit festgelegten Regeln. Unser Modell setzt zehn Prozent der ausgewählten historischen Zahlungen an. Davon sollen die bisherigen Staatsausgaben und das zusätzliche Grundeinkommen bezahlt werden.

Für 2025 bleiben mit der gesamten Basis rund 284,966 Milliarden Euro. Mit dem Teil an Empfänger in Österreich bleiben rund 162,605 Milliarden. Das sind die Ergebnisse unter den genannten Annahmen.

Der Verein stellt den Finanzierungsansatz zur Diskussion

Unsere Schlussfolgerung lautet: Die Art der öffentlichen Finanzierung ist neu zu prüfen. In unserer Rechnung bleiben positive Beträge übrig, obwohl Zinsen und Grundeinkommen enthalten sind. Einsparungen bei Zinsen werden dafür nicht vorausgesetzt.

Zinsen erzwingen in diesem Modell also keinen Fehlbetrag. Die Rechnung beweist aber nicht, dass jeder einzelne Haushalt jederzeit genug Geld oder Zugang zu einem Kredit hat. Sie widerlegt auch nicht alle möglichen Verteilungswirkungen von Zinsen.

Wie viel der Zahlungssumme wäre nötig?

Wir können die Gleichung umstellen. Dann sehen wir, welcher Anteil der historischen Zahlungssumme unter denselben Annahmen reichen würde. Gemeint ist ein Anteil des Zahlungswerts, nicht ein Anteil der Bevölkerung.

Jahr	Benötigter Anteil der gesamten Basis	Benötigter Anteil der Basis nach Österreich
2022	59,266 %	71,535 %
2023	49,153 %	57,035 %
2024	56,640 %	67,155 %
2025	60,242 %	72,644 %

Für 2025 wären mit der gesamten Basis rechnerisch 60,242 Prozent nötig. Das ist keine gemessene Teilnahmequote und keine Vorhersage. Sechzig Prozent der Menschen führen nicht automatisch sechzig Prozent der Zahlungen aus.

Ein kleiner Versuch darf deshalb nicht die ganze österreichische Zahlungssumme als eigene Einnahme zählen. Er darf nur seine tatsächlich ausgeführten Zahlungen erfassen.

Schulden und rechtzeitige Auszahlungen

Die Rechnung enthält laufende Zinsen. Die Rückzahlung sämtlicher bereits bestehender Staatsschulden ist darin kein zusätzlicher Jahresposten. Für die Verwendung eines echten Überschusses braucht es einen eigenen Plan: etwa für Reserven, Schuldentilgung oder neue Leistungen.

Außerdem muss die Kasse zum Auszahlungstermin gefüllt sein. Ein positives Jahresergebnis allein sagt nicht, ob am Monatsersten genug Geld vorhanden ist. Diese rechtzeitige Zahlungsfähigkeit heißt Liquidität.

Die Zahlungsgrundlage genau prüfen

Eine mögliche Frage an die OeNB betrifft die Erklärung der Daten. Welche Zahlungsarten enthält die Reihe? Sind Umbuchungen zwischen eigenen Konten enthalten? Welche Schritte gehören zu derselben Zahlung? Welche heutigen Steuer- und Sozialbeitragszahlungen sind erfasst?

Die Antworten helfen, die Grundlage der Zehn-Prozent-Rechnung genauer festzulegen. Wiederholte echte Zahlungen sind dabei von einer doppelten statistischen Erfassung zu unterscheiden.

12 Das BIP im Vergleich zu den Gesamtausgaben

Eine andere Frage

Das BIP misst die Wirtschaftsleistung eines Jahres. Hier vergleichen wir sie mit den bisherigen Staatsausgaben und dem zusätzlichen Grundeinkommen. Wir wenden dabei keinen Zehn-Prozent-Satz auf das BIP an. [Q18, P8]

Differenz = BIP – Staatsausgaben einschließlich Zinsen – zusätzliches Grundeinkommen brutto.

„Differenz“ heißt Unterschied. Wir ziehen also die Ausgaben vom BIP ab.

Jahr	BIP in Euro	Staat und Grundeinkommen in Euro	Differenz in Euro
2022	449.380.000.000	400.951.408.000	+48.428.592.000
2023	479.910.000.000	414.321.406.000	+65.588.594.000
2024	499.950.000.000	438.402.470.000	+61.547.530.000
2025	518.200.000.000	448.360.298.000	+69.839.702.000

In allen vier Jahren ist die Differenz positiv. Die angesetzten Ausgaben sind also kleiner als das BIP. Das ist ein Größenvergleich. Es ist nicht das tatsächliche Jahresergebnis des Staatshaushalts.

Die Ampel lesen

Grün bedeutet: Die Differenz liegt über null. Rot bedeutet: Sie ist negativ. Gelb bedeutet in der Arbeitsmappe: genau null oder ein Wert fehlt. Ein fehlender Wert ist dabei nicht dasselbe wie ein ausgeglichener Betrag.

BIP minus Staat und zusätzliches Grundeinkommen

Jahr	BIP	Gesamtausgaben	Differenz
2022	449.380.000.000 €	400.951.408.000 €	+48.428.592.000 €
2023	479.910.000.000 €	414.321.406.000 €	+65.588.594.000 €
2024	499.950.000.000 €	438.402.470.000 €	+61.547.530.000 €
2025	518.200.000.000 €	448.360.298.000 €	+69.839.702.000 €

Grün: positive Differenz im Größenvergleich. Das BIP ist keine Staatseinnahme.

Abbildung 6 BIP und Gesamtausgaben in Euro

Wirtschaftsleistung ist kein Kontoguthaben

Auch private Betriebe und Haushalte tragen zum BIP bei. Ihr gesamter erwirtschafteter Wert fließt nicht in die Staatskasse. Deshalb besitzt der Staat die positive Differenz nicht automatisch als verfügbares Geld.

Die Euro-Beträge des BIP stehen zu den Preisen des jeweiligen Jahres. Das heißt nominal. „Real“ bedeutet dagegen, dass Preisveränderungen herausgerechnet werden. Ein höherer Euro-Betrag allein bedeutet deshalb nicht, dass entsprechend mehr hergestellt wurde.

Die veröffentlichten realen Veränderungen betragen –0,7 Prozent für 2023, –0,3 Prozent für 2024 und +0,7 Prozent für 2025. Sie messen etwas anderes als die Veränderung der nominalen Beträge in unserer Tabelle. [Q18]

Der BIP-Vergleich zeigt die Größe der Wirtschaft im Verhältnis zu den Ausgaben. Die Zahlungsrechnung untersucht einen möglichen Weg zur Finanzierung. Beides bleibt getrennt.

13 Was in den Staatsausgaben enthalten ist

Welche öffentlichen Stellen gemeint sind

Unsere Rechnung umfasst Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung zusammen. Zahlungen innerhalb dieses Bereichs werden nach den Regeln der Statistik bereinigt. So soll derselbe Betrag nicht mehrfach als Ausgabe des Gesamtstaates erscheinen. Das nennt man Konsolidierung. [Q15]

Die bisherigen Ausgaben enthalten unter anderem Pensionen, Sozialleistungen, Beschäftigte und Zinsen. Das neue Grundeinkommen wird zusätzlich angesetzt. Für 2025 verwenden wir den neueren Septemberstand der Gesamtausgaben. [P3, Q17]

Jahr	Staatsausgaben in Euro	Zusätzliches Grundeinkommen brutto in Euro
2022	238.000.000.000	162.951.408.000
2023	250.000.000.000	164.321.406.000
2024	273.200.000.000	165.202.470.000
2025	282.680.000.000	165.680.298.000

Wofür der Staat Geld ausgibt

Die nächste Tabelle zeigt die Ausgabenarten. „Personalaufwand“ betrifft Beschäftigte. „Sachaufwand“ betrifft benötigte Waren und Leistungen. „Subventionen“ sind Unterstützungszahlungen. „Investitionen“ betreffen etwa Gebäude und Anlagen für die Zukunft.

Alle Werte stehen in Milliarden Euro. Diese Detailtabelle verwendet durchgehend den Märzstand 2026. Darum steht für 2025 hier eine frühere Gesamtsumme. [Q17]

Ausgabenart in Mrd. Euro	2022	2023	2024	2025
Sozialleistungen einschließlich Pensionen	100,8	108,4	119,7	127,0
Personalaufwand	46,6	50,6	56,0	58,8
Sachaufwand	31,7	33,1	34,9	36,1
Subventionen	11,8	10,7	9,2	8,6
Investitionen	19,5	18,1	19,9	20,3
Zinsausgaben	4,3	5,7	7,3	8,3
Sonstige Ausgaben	23,4	23,4	26,1	24,0

Ausgabenart in Mrd. Euro	2022	2023	2024	2025
Summe gerundeter Einzelwerte	238,1	250,0	273,1	283,1
Veröffentlichte Gesamtsumme März	238,0	250,0	273,2	283,0

Die Einzelwerte sind gerundet. Deshalb kann ihre Summe leicht vom veröffentlichten Gesamtbetrag abweichen. Für 2025 wurde die Gesamtsumme später von 283,0 auf 282,68 Milliarden Euro berichtigt. Diese Unterschiede gelten nicht als zusätzliche Einsparung.

Pensionen nur einmal zählen

Pensionen stecken bereits in den Sozialleistungen. Man darf sie nicht noch einmal auf die gesamten Staatsausgaben aufschlagen. Dasselbe gilt für Zinsen: Sie sind schon enthalten.

Die Projektunterlagen nennen für 2025 außerdem 59,975 Milliarden Euro Pensionsaufwand der Pensionsversicherungsträger. Das ist nur ein Teilbereich. Zum Beispiel sind damit nicht alle Beamtenpensionen vollständig erfasst. Der Betrag ist eine Zusatzinformation und wird nicht nochmals hinzugezählt. [P3]

Auch umfassendere Sozialschutzstatistiken können private Leistungen enthalten. Sie dürfen deshalb nicht einfach zu den Staatsausgaben addiert werden. Die Rückzahlung aller bestehenden Schulden bleibt ebenfalls eine eigene Planungsfrage.

14 Betriebe, Haushalte und der tatsächliche Einkauf

Was bei einem Betrieb ankommt

Ein Betrieb muss seine Kosten bezahlen können. Bei einer Bruttozahlung von 100 Euro erhält er nach unserem Rückfluss 90 Euro. Hat er Kosten von 95 Euro, fehlen ihm in diesem Beispiel fünf Euro. Ein positiver Betrag in der Landesrechnung löst diese einzelne Betriebsfrage nicht automatisch.

Soll der Betrieb nach dem Rückfluss 100 Euro erhalten, rechnen wir: 100 geteilt durch 0,9. Das ergibt rund 111,11 Euro Bruttozahlung. Das Beispiel erklärt den Rechenweg. Es sagt nicht voraus, welchen Preis Kunden später akzeptieren.

Steuern mit derselben Grundlage vergleichen

Die gesamten Kosten eines Arbeitgebers sind etwas anderes als der Bruttolohn. Nach Abzügen bleibt der Nettolohn. Beim Einkauf kommen weitere Steuern vor. Wer Belastungen vergleichen möchte, muss jeweils sagen, auf welchen Betrag sich der Prozentsatz bezieht.

Ein Beispiel: Ein Nettopreis beträgt 100 Euro. Bei angenommenen zwanzig Prozent Mehrwertsteuer kostet der Einkauf 120 Euro. Darin stecken 20 Euro Steuer. Das sind rund 16,67 Prozent des Endpreises. Es sind nicht zwanzig Prozent von 120 Euro.

Heutige Steuern und Sozialbeiträge sind bereits in den gesamten Staatseinnahmen enthalten. Wir dürfen sie nicht nochmals dazuaddieren. Der Nettolohn einer Person ist ebenfalls keine Einnahme des Staates.

Ein kleiner Betrag kann sich summieren

Ein Cent Gewinn je Verkauf ergibt bei einer Milliarde Verkäufen zehn Millionen Euro. Die Multiplikation stimmt. Für eine echte Gewinnrechnung müssen aber auch die Verkäufe stattfinden. Der Cent muss nach allen Kosten übrig bleiben.

Genauso kann ein kleiner Prozentsatz auf eine große Zahlungssumme einen hohen Betrag ergeben. Deshalb prüfen wir sowohl den Satz als auch die Zahlungssumme. Beide gehören zur Rechnung.

15 Inflation trotz hoher Geldbewegungen

Preise und Kaufkraft

Inflation bedeutet: Das allgemeine Preisniveau steigt. Mit demselben Geld kann man dann weniger kaufen. Deflation bedeutet: Das allgemeine Preisniveau sinkt. Ein einzelner teurer oder billiger gewordener Artikel reicht für diese Aussage nicht aus. [Q19]

Kaufkraft beschreibt, was man mit seinem Geld kaufen kann. Dafür zählen Preise und verfügbare Einkommen. Unsere bisherige Rechnung zeigt Finanzierungsergebnisse. Sie misst noch keine Preisentwicklung nach einer Einführung.

Teich und See: Zu- und Abfluss

Savini, Geri vergleicht den Kreislauf mit einem Teich oder See. Fließt so viel hinein, wie hinausfließt, bleibt der Wasserstand gleich. Der Wasserstand steht in diesem Vergleich für den Bestand. Zu- und Abfluss stehen für die Geldbewegungen.

Die Rückführung vorhandenen Geldes schafft für sich genommen kein neues Geld. Es wechselt, wer darüber verfügen kann. Das Grundeinkommen und die gemeinsamen Ausgaben bringen Geld wieder zu Menschen und Betrieben.

Für die Versorgung müssen wir außerdem fragen: Welche Waren und Leistungen können die Menschen dafür kaufen? Deshalb betrachten wir Geldbewegungen und reale Leistungen gemeinsam.

Der Wasserschlauch: den Druck regulieren

Ein weiterer Vergleich ist der Wasserschlauch. Wird sein Druck zu hoch, muss man ihn regulieren. Im wirtschaftlichen Bild steht der Druck für das Verhältnis von Nachfrage und verfügbarem Angebot. Nachfrage meint hier tatsächliche Ausgaben, nicht nur Wünsche.

Der Gedanke dahinter lautet: Beide Seiten brauchen Aufmerksamkeit. Geld soll verlässlich zurückfließen und wieder eingesetzt werden. Gleichzeitig muss die Versorgung mit Waren und Leistungen passen.

Ist die Nachfrage größer als das verfügbare Angebot, können Preise steigen. Bleibt sie dahinter zurück, können Preise fallen. Neben der vorhandenen Geldmenge zählt deshalb, wie viel tatsächlich ausgegeben wird.

Das Ziel unserer Forschung

Unser Forschungsziel ist zu verstehen, wie Kaufkraft, Rückflüsse und Versorgung zusammenpassen können. Ob die vorgeschlagenen Regeln dieses Gleichgewicht dauerhaft ermöglichen, ist eine offene Forschungsfrage.

Der Vergleich mit Wasser erklärt die Idee. Er ersetzt keine Messung. Die bisherige Jahresrechnung beweist noch nicht, dass Inflation oder Deflation ausgeschlossen sind. Dasselbe gilt für Stagflation. Damit ist eine Lage mit steigenden Preisen und schwacher oder stillstehender Wirtschaft gemeint.

Ähnliche Warnzeichen wie 1923

Unser Ausgangspunkt ist die Beobachtung von Savini, Geri: Steigende Preise, eine schwache Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und gefährdete Betriebe können gemeinsam Druck auf die Bevölkerung ausüben. Sein Vergleich mit 1923 richtet sich auf ähnliche Warnzeichen und ihr Zusammenwirken. Er setzt die heutige Lage nicht mit den damaligen Verhältnissen gleich.

1923 trafen im Deutschen Reich schwere Produktionsausfälle und eine rasante Geldentwertung zusammen. Die Besetzung des Ruhrgebiets und der passive Widerstand verschärften die wirtschaftliche Krise. Der Staat finanzierte Unterstützungszahlungen trotz sinkender Einnahmen durch zusätzliche Geldschöpfung. Löhne und Ersparnisse verloren schnell an Kaufkraft. Die historische Darstellung von Reinhard Sturm beschreibt diesen Zusammenhang. [Q46]

Stagflation bezeichnet das Zusammentreffen einer schwachen oder stagnierenden Wirtschaft mit anhaltender Inflation. Hyperinflation bezeichnet eine außergewöhnlich schnelle Geldentwertung. Eine Wirtschaft kann zugleich unter Produktionsausfällen und stark steigenden Preisen leiden. Für 1923 ist Hyperinflation der übliche historische Begriff. Die Begriffe betrachten unterschiedliche Seiten einer Krise; sie schließen sich deshalb nicht grundsätzlich aus. [Q46, Q47]

Für Österreich zeigen Veröffentlichungen von 2026 mehrere Belastungen: Statistik Austria meldete am 3. September einen realen Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt. Gegenüber dem Vorjahresquartal lag die Wirtschaftsleistung zugleich um 0,4 Prozent höher; die Angaben waren vorläufig. Im September lagen die Verbraucherpreise um 3,6 Prozent über September 2025. Ende September waren österreichweit 2,5 Prozent mehr Menschen arbeitslos vorgemerkt als ein Jahr zuvor. Die Zahlen betreffen unterschiedliche Vergleichszeiträume. [Q48, Q49, Q50]

Bei Firmenpleiten ist der Zeitraum besonders wichtig. Statistik Austria meldete für das zweite Quartal 2026 vorläufig 1.668 Insolvenzen, drei Prozent weniger als im Vorjahresquartal. Der Gläubigerschutzverband KSV1870 zählte für die ersten neun Monate dagegen 5.150 Unternehmensinsolvenzen, ein Plus von 0,6 Prozent. Er berichtete außerdem, dass 43 Prozent der Verfahren mangels Kostendeckung nicht eröffnet wurden. Beide Auswertungen zeigen Belastungen, aber keinen durchgehend gleichen Verlauf. Zeitraum, Zählweise und die Perspektive des jeweiligen Herausgebers müssen bei der Auswertung mitgelesen werden. [Q51, Q52]

Der Wasserschlauch macht Geris Gedanken anschaulich: Wenn sich Druck aufbaut und ein passender Ausgleich fehlt, gerät das System unter Spannung. Teich und See stehen für die Aufgabe, Zu- und Abflüsse so zu gestalten, dass der Kreislauf tragfähig bleibt. Auf die Wirtschaft übertragen fragen wir: Wie viel Kaufkraft erreicht die Menschen? Welche laufenden Belastungen fließen ab? Welche Güter und Leistungen stehen dafür bereit? Diese Vergleiche begründen, warum wir das Zusammenspiel untersuchen; sie legen den weiteren Verlauf nicht vorab fest.

Menschen erleben wirtschaftlichen Druck beim Einkauf, bei der Miete und durch Sorgen um den Arbeitsplatz. Solche Erfahrungen gehören zur Forschung und sollen ernst genommen werden. Wir betrachten deshalb die Zahlen gemeinsam mit der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung. Der historische Vergleich soll helfen, Belastungen früh zu erkennen und friedliche Wege zu einem tragfähigen Kreislauf zu untersuchen.

Geld für eine nachhaltige Zukunft

Bleibt nach allen Verpflichtungen tatsächlich Geld in der gemeinsamen Kasse übrig, kann es für Nachhaltigkeit eingesetzt werden. Nachhaltigkeit bedeutet hier: Lebensgrundlagen erhalten und auch an kommende Generationen denken. Dazu können Reparaturen, eine verlässliche Energieversorgung oder regionale Produktion beitragen.

Wir müssen dabei zwischen ausgerechnetem und tatsächlich vorhandenem Geld unterscheiden. „BIP minus Ausgaben“ ist ein Größenvergleich. Die Differenz ist keine eingenommene Geldsumme. Auch die jährliche Summe aller Zahlungen liegt nicht als gleich großer Geldbestand bereit.

Verfügbar sind tatsächliche Einnahmen abzüglich der Ausgaben. Ein Betrag kann nicht gleichzeitig vollständig als Reserve liegen bleiben und für neue Leistungen ausgegeben werden.

Was wir beobachten wollen

Wir erfassen Preise, gekaufte Mengen, Betriebskosten und verfügbare Einkommen. Wichtig sind zum Beispiel Lebensmittel, Wohnen und die Absatzmöglichkeiten der Betriebe. So lässt sich prüfen, ob die Finanzierung und die Versorgung im Alltag zusammenpassen.

16 Öffentliche Ausgaben und vermeidbare Belastungen

Gemeinsames Geld sinnvoll verwenden

Welche Ausgaben helfen Menschen? Welche Arbeitsschritte könnten einfacher werden? Der Verein will diese Fragen untersuchen. Dazu gehören doppelte Bearbeitungen und unnötig aufwendige Abläufe.

Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Leistungen brauchen aber auch Organisation. Deshalb ist nicht jede Verwaltungsausgabe vermeidbar. Eine Einsparung muss an einem konkreten Vorgang belegt werden. Kosten dürfen nicht bloß an eine andere Stelle verschoben werden.

Ein Rechenbeispiel für 2025

Angenommen, der Staat könnte eine Milliarde Euro dauerhaft einsparen. Bleiben Einnahmen und alle anderen Annahmen gleich, verbessert sich das Ergebnis um eine Milliarde. Die Tabelle zeigt nur diesen angenommenen Fall.

Rechenszenario 2025 in Euro	Ausgangswert	Bei 1 Mrd. € weniger Staatsausgaben
Staat und neues Grundeinkommen	448.360.298.000	447.360.298.000
BIP minus diese Ausgaben	69.839.702.000	70.839.702.000
Modellüberschuss Zahlungen nach Österreich	162.605.184.800	163.605.184.800

Wir haben damit keine tatsächliche Einsparung von einer Milliarde nachgewiesen. Eine echte Kürzung kann auch andere wirtschaftliche Folgen haben. Diese müssten mituntersucht werden.

Frieden und Ausgaben prüfen

Der Verein setzt sich für friedliche Zusammenarbeit und gute Lebensbedingungen ein. Wer eine Ausgabe als Verschwendung bezeichnet, muss ihren Betrag, Zweck und Empfänger nennen können.

Verteidigungsausgaben, konkrete Kriegshandlungen und andere internationale Zahlungen sind nicht dasselbe. In dieser Rechnung wird deshalb kein unbestimmter Betrag für „Kriege“ abgezogen.

So wird eine Einsparung überprüfbar

Für einen Vorgang erfassen wir Arbeitszeit, fremde Leistungen und das erreichte Ergebnis. Dann vergleichen wir die gesamten Kosten vor und nach einer Änderung. Auch der Aufwand für die Umstellung zählt dazu.

Die Grundrechnung nimmt solche Einsparungen nicht vorweg. Die bisherigen Staatsausgaben bleiben erhalten. Tatsächlich belegte Verbesserungen könnten später gesondert eingerechnet werden.

17 Gemeinsam entscheiden und dem Geld folgen

Wer darf über die gemeinsame Kasse entscheiden?

Wer die gemeinsame Kasse verwaltet, trägt Verantwortung. Es muss klar sein, wer Geld ausgeben und Regeln ändern darf. Beschlüsse und Belege müssen nachvollziehbar bleiben.

Ein einzelner Entwickler oder Verwalter soll Regeln und Guthaben nicht nach Belieben verändern können. Änderungen brauchen geregelte Zuständigkeiten. Die Menschen müssen erfahren, was sich ändert und ab wann.

Quellen und Interessen prüfen

Wir fragen bei Geldflüssen: Wer bezahlt? Wer erhält Geld? Für welchen Zweck? Für welchen Zeitraum? Ein Vertrag oder Zahlungsbeleg kann dabei helfen. Eine Zahlung allein beweist noch nicht die Absicht dahinter.

Eine Zentralbank kann Fehler machen. Auch eine Reforminitiative hat eigene Interessen. Deshalb prüfen wir Aussagen anhand konkreter Quellen und Rechenwege.

In diesem Buch liefert die OeNB Zahlungsdaten. Das Unterguggenberger Institut vermittelt die Wörgler Geschichte und steht dem Thema nahe. Gesells Texte beschreiben sein eigenes Reformprogramm. Diese Rollen müssen beim Lesen beachtet werden.

Daraus folgt keine bewiesene Manipulation. Dieses Buch behauptet keine unbelegten Geldgeber oder heimlichen Motive. Eine Prüfung aller Finanzierungen der genannten Einrichtungen wurde nicht durchgeführt.

Dieselben Regeln gelten für uns

Auch der Verein muss eigene Einnahmen und Ausgaben offenlegen, sobald sie bestehen. Spenden, Darlehen und Verkäufe sind verschiedene Vorgänge. Eine zugesagte Förderung ist noch kein Geld auf dem Konto.

Technik kostet ebenfalls Geld. Geräte, Verbindungen, Sicherungskopien und Wartung müssen bezahlt werden. Wer diese Kosten trägt, gehört in die Buchführung.

Entscheidend ist nicht, ob jemand unserem Vorschlag zustimmt. Entscheidend ist, welche Zahlung, Handlung oder Berechtigung nachgewiesen werden kann.

18 Wie die Forschung weitergeht

Die Zahlen weiter abgleichen

Zuerst wollen wir die verwendeten Zahlungsarten genau zuordnen. Auch die Bevölkerungszahlen sollen aus einer einheitlichen aktuellen Reihe stammen. Änderungen werden mit Quelle und Datum festgehalten. So bleibt sichtbar, warum sich ein Ergebnis verändert.

Fachlicher Austausch mit OeNB und FMA als Möglichkeit

Diese Untersuchung ist ein reines Forschungsprojekt des Vereins. Im Mittelpunkt stehen die Rechenwege, ihre Grundlagen und wirtschaftliche Fragen. Eine Umsetzung des Modells wird damit nicht angekündigt.

Als Möglichkeit für den fachlichen Austausch wird eine Stellungnahme der Oesterreichischen Nationalbank, kurz OeNB, und der Finanzmarktaufsicht, kurz FMA, in Betracht gezogen. Eine Stellungnahme ist eine begründete Einschätzung zu konkreten Fragen. Eine Anfrage ist damit noch nicht beschlossen oder geplant.

Die OeNB befasst sich unter anderem mit Preisstabilität und Zahlungssystemen. An sie würden wir vor allem Fragen zu den Zahlungsdaten und zur wirtschaftlichen Rechnung richten. [Q25]

Welche Vorgänge enthält die verwendete Tabelle? Werden dieselben Zahlungen an mehreren Stellen erfasst? Wie sind Umbuchungen und bisherige Steuerzahlungen einzuordnen? Welche Daten braucht es zusätzlich, um den vorgeschlagenen Kreislauf zu untersuchen?

Die FMA beaufsichtigt den österreichischen Finanzmarkt im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben. Eine mögliche Frage wäre, welche Themen der Untersuchung in ihren fachlichen Zuständigkeitsbereich fallen. [Q26]

Eine Rückmeldung wäre an der jeweils beantworteten Frage zu messen. Sie wäre von einer allgemeinen Bestätigung des gesamten Wirtschaftsmodells zu unterscheiden.

Was eine fachliche Diskussion braucht

Für eine fachliche Diskussion sind eine kurze Zusammenfassung, vollständige Rechenwege und Quellen hilfreich. Auch die ausgewählten Zahlungsarten und offenen Fragen müssen verständlich sein. Persönliche Familienunterlagen betreffen einen anderen Teil des Buches.

Sachliche Hinweise auf Fehler, fehlende Daten und notwendige Ergänzungen können die Forschung verbessern. Sie sollen dem jeweiligen Rechenschritt zugeordnet werden. Eine fachliche Auskunft ist keine Genehmigung. Eine Antwort oder Zustimmung von OeNB oder FMA liegt dieser Untersuchung nicht zugrunde.

Der Alltag als Forschungsgegenstand

Beispiele aus Haushalten, Landwirtschaft und Betrieben helfen beim Verstehen. Wir betrachten Einnahmen, Kosten und verfügbare Mittel. Werden persönliche Daten für die Forschung verwendet,

braucht das eine geeignete Grundlage. Berichte sollen einzelne Menschen möglichst nicht erkennbar machen.

Die Forschung beginnt in Österreich. Andere Länder können sich auf eigene Initiative anschließen und Unterstützung erhalten. Der gleiche persönliche Anspruch bleibt dabei ein Ziel des Projekts. Zahlungen über Landesgrenzen brauchen eigene klare Regeln.

Was feststeht und was als Nächstes folgt

Unter den angegebenen Annahmen ergeben alle vier Jahre positive Beträge in der Zahlungsrechnung. Die bisherigen Staatsausgaben einschließlich Zinsen bleiben erhalten. Das zusätzliche Grundeinkommen ist berücksichtigt. Auch der BIP-Vergleich ergibt in allen Jahren eine positive Differenz.

Damit stellt der Verein den bisherigen Finanzierungsansatz zur Diskussion. Zinsen allein erzwingen in diesem Modell keinen Fehlbetrag. Für die Praxis sind außerdem die tatsächlich erfassten Zahlungen, laufende Kosten, rechtliche Regeln und Preiswirkungen zu prüfen.

Geschichte und Vergleiche helfen beim Verstehen. Nachvollziehbare Zahlen und Fragen aus dem Alltag tragen die weitere Forschung. Menschen sollen selbst nachrechnen und die vorgeschlagenen Regeln beurteilen können.

Dokumente zur Familiengeschichte

Die folgenden Abbildungen geben die beiden von Savini, Geri bereitgestellten Seiten wieder. Die Erklärung und die spätere Wiedergabe des Briefes werden als unterschiedliche Quellen behandelt.

Erklärung von Franz Zach

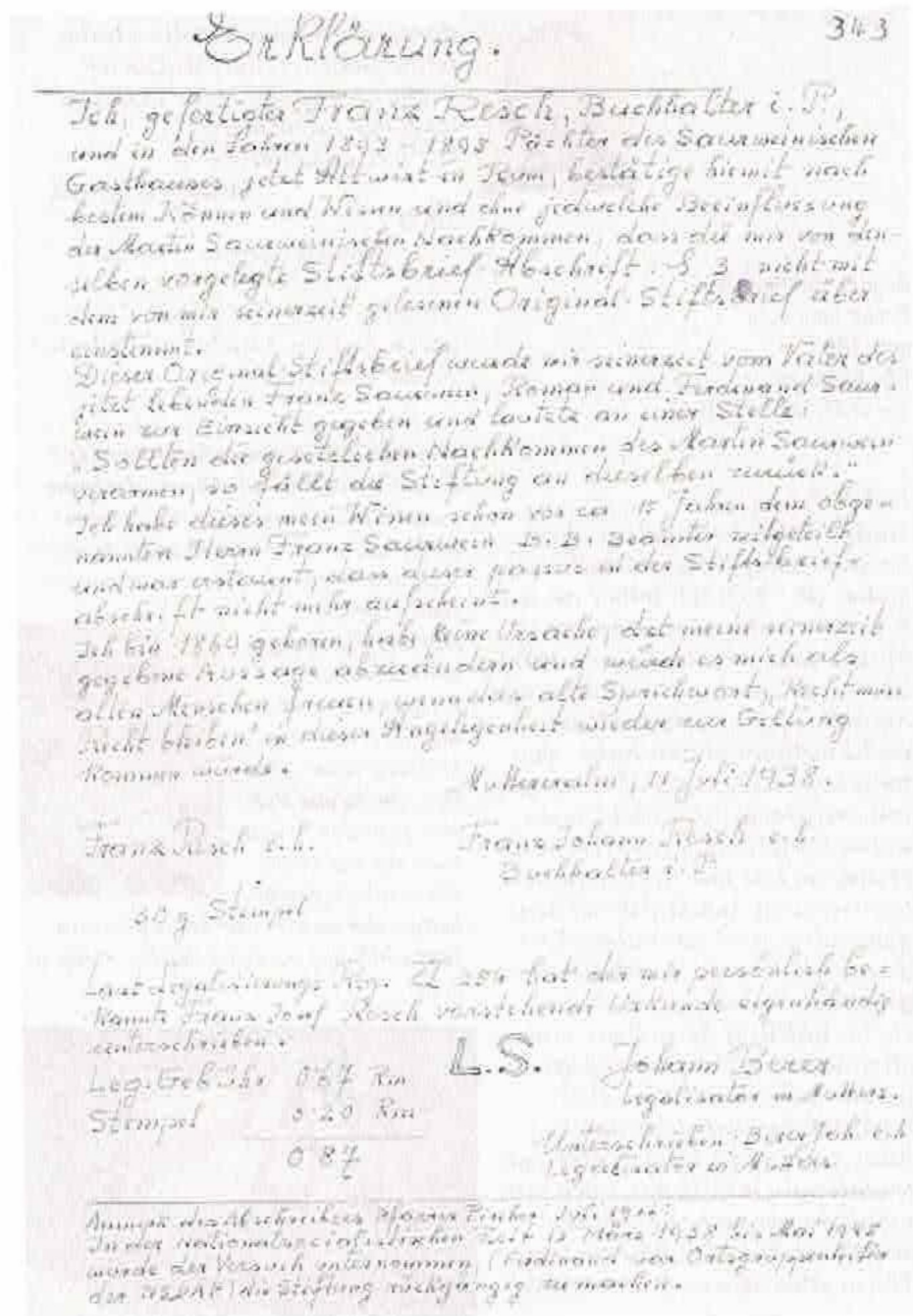


Abbildung 7 Erklärung von Franz Zach aus dem Familienbesitz Quelle P12

Überlieferter Brief von Pfarrer Roman Neuner



deren als diesen 3 Stellen habe ich wissentlich den Stiftsbrief nicht hinterlegt. Mehr weiß ich darüber nicht mehr.

Mit freundlichen Gruß

Nauders, 9. Juni

1909

Roman Neuner, Pfarrer.

Bruder von Ferdinand
Franz Saurwein
geb. 1883
BB- Beamter
Verstarb am 16.6. 1958

Lieber Franz!

In der Stiftsbriefangelegenheit kann ich folgendes mitteilen: Sicher ist, dass ich selber an die K.K. Statthalterei einsenden musste und von dort am 3. März 1900 zurückerhielt und dass ich denselben selbstverständlich nicht mitgenommen habe. Weiteres kann ich wegen des längeren Zeitabschnittes nicht mehr sicher berichten. Soviel ich mich erinnere, hat mir die Stiefmutter von Euch den Stiftsbrief ausgehändigt und ich habe selben dann an die K.K. Statthalterei gesendet. Wenn ich nach Zurückerhaltung denselben eurer Stiefmutter nicht zurückgegeben habe, so habe ich selben höchstwahrscheinlich im Widum Archiv von Rum hinterlegt. Nachträglich fällt mir noch ein, möglicherweise habe ich den Stiftsbrief dem HH. Pfarrer von Thaur übergeben. An einer an-

Weiteres kann ich wegen des längeren Zeitabschnittes nicht mehr sicher berichten.

Wieder fuhr die Kriegsfurie über Land. Es gab hin und hin ein Abschiednehmen. Junge Menschen mussten ihre Heimat verlassen, um die Grenzen zu verteidigen. Viele von ihnen kehrten nicht mehr nach Hause zurück. Not und Elend zogen ein, man brauchte Kriegsmaterial und so wurden erneut die Kirchenglocken abgeholt, um daraus Munition zu gießen. Wieder blieb nur das kleine Sterbeglöckchen erhalten, das mahnte, warnte und betete. Erst 1945 ging ein schrecklicher Krieg zu Ende.



Abbildung 8 Familiengeschichtliche Seite mit Briefwiedergabe vom 9. Juni 1909 Quelle P13

Anhang: Die Rechnung selbst nachvollziehen

Beispiel mit hundert Menschen

Hundert Menschen erhalten monatlich zusammen 150.000 Euro brutto. Zehn Prozent davon, also 15.000 Euro, fließen zurück. Auf ihren Konten bleiben zusammen 135.000 Euro.

Für zwölf Monate sind das 1.800.000 Euro brutto, 180.000 Euro Rückfluss und 1.620.000 Euro persönliche Auszahlung.

Soll dieser verbleibende Jahresaufwand allein aus zehn Prozent anderer Zahlungen bezahlt werden, brauchen wir 16.200.000 Euro solcher Zahlungen. Denn zehn Prozent davon sind 1.620.000 Euro. Weitere Gemeinschaftsausgaben kommen noch hinzu. Der Rückfluss des Grundeinkommens ist hier bereits abgezogen.

Dieselben Euro werden weitergegeben

Eine Person bezahlt 100 Euro. Der Empfänger erhält 90 Euro. Zehn Euro gehen in die gemeinsame Kasse.

Der Empfänger gibt seine 90 Euro vollständig weiter. Davon erhält die nächste Person 81 Euro. Weitere neun Euro gehen in die Kasse.

Auch die 81 Euro werden weitergegeben. Nun erhält die dritte Person 72,90 Euro. Die Kasse erhält 8,10 Euro.

Die Kasse hat insgesamt $10 + 9 + 8,10 = 27,10$ Euro. Die dritte Person hat 72,90 Euro. Zusammen sind das weiterhin 100 Euro. Es wurde kein zusätzliches Geld geschaffen.

Die drei Zahlungen betragen zusammen $100 + 90 + 81 = 271$ Euro. Zehn Prozent davon sind 27,10 Euro. So kann dieselbe Geldmenge mehrere Zahlungen ermöglichen.

Begriffe zum Nachschlagen

Atomare Buchung: Alle Teile einer Zahlung werden gemeinsam ausgeführt oder gemeinsam verworfen. Eine halbe 90/10-Zahlung wäre ungültig.

Bemessungsgrundlage: Die Summe, von der ein Prozentsatz berechnet wird. Hier muss feststehen, welche Zahlungen dazugehören.

BIP: Abkürzung für Bruttoinlandsprodukt. Es misst die wirtschaftliche Wertschöpfung innerhalb eines Landes in einem Jahr. Wertschöpfung bedeutet den neu geschaffenen wirtschaftlichen Wert, nachdem Vorleistungen abgezogen wurden.

Brutto und netto: Brutto ist hier der Betrag vor dem Gemeinschaftsrückfluss. Netto ist der danach erhaltene Anteil. Das ist nicht automatisch derselbe Nettobetrag wie im heutigen Steuerrecht.

Defizit und Überschuss: Ein Defizit entsteht, wenn Ausgaben höher als Einnahmen sind. Bei einem Überschuss sind die Einnahmen höher.

FMA: Finanzmarktaufsicht. Sie überwacht im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben den österreichischen Finanzmarkt.

Gemeinschaftstopf: Die getrennte Kasse für gemeinsame Mittel. Persönliche Kontoguthaben gehören nicht automatisch dazu.

Inflation und Deflation: Inflation ist ein allgemeiner Preisanstieg. Deflation ist ein allgemeiner Preisrückgang.

Konsolidierung: Zahlungen innerhalb staatlicher Teilbereiche werden nach statistischen Regeln bereinigt. Dadurch sollen sie im Gesamtstaat nicht mehrfach gezählt werden.

Liquidität: Verfügbare Mittel, um fällige Rechnungen rechtzeitig zu bezahlen.

Modellrechnung: Eine Rechnung mit ausgewählten Zahlen und ausdrücklich festgelegten Regeln. Sie zeigt, was unter diesen Annahmen herauskommt.

OeNB: Oesterreichische Nationalbank. Sie ist Österreichs Zentralbank und Teil des Eurosystems. [Q25]

Reserve: Ein zurückgelegter Betrag für spätere Ausgaben oder unerwarteten Bedarf.

Stellungnahme: Eine begründete Einschätzung zu einer Frage. Sie bedeutet nicht automatisch Zustimmung oder Genehmigung.

Tilgung und Zinsen: Tilgung ist die Rückzahlung geliehenen Geldes. Zinsen sind der vereinbarte Preis für das Leihen.

Zahlungsvolumen: Die Summe erfasster Zahlungen in einem Zeitraum. Es ist weder der vorhandene Geldbestand noch das BIP.

Quellen und verwendete Unterlagen

Historische Texte und amtliche Quellen

[Q1] Ibn Chaldun. Muqaddima. Zur biografischen Einordnung 1332 bis 1406 siehe die historische Textsammlung und Einführung bei Islamic Philosophy Online. Die Darstellung des Buches stützt sich für die konkreten wirtschaftlichen Gedanken auf die nachfolgend genannten Abschnitte. [Originalquelle öffnen](#)

[Q2] Ibn Chaldun. Muqaddima, Kapitel III, Abschnitt 36, Taxation and the reason for low and high tax revenues. Englische Übersetzung von Franz Rosenthal, im Netz bei Islamic Philosophy Online. Verwendet als Primärtext für die historische Argumentation über Abgaben und Tätigkeit. [Originalquelle öffnen](#)

[Q3] Ibn Chaldun. Muqaddima, Kapitel III, Abschnitt 38, Commercial activity on the part of the ruler. Englische Übersetzung von Franz Rosenthal. Verwendet für die Kritik an der Verbindung von Herrschaftsmacht und eigenem Handel. [Originalquelle öffnen](#)

[Q4] Thomas Paine. Agrarian Justice. Originaltext in der historischen Sammlung der US Social Security Administration. Verwendet für natürliche Grundlagen, erworbenes Eigentum und den vorgeschlagenen Fonds. [Originalquelle öffnen](#)

[Q5] US Social Security Administration. Thomas Paine, historische Einordnung von Agrarian Justice und der englischen Ausgabe 1797. [Originalquelle öffnen](#)

[Q6] Silvio Gesell. Die natürliche Wirtschaftsordnung. Digitale Wiedergabe der neunten Auflage, Rudolf Zitzmann Verlag, 1949, herausgegeben von Karl Walker. Die Ausgabe ist später als Gesells ursprünglicher Entwurf; Ausgabestand beachten. [Originalquelle öffnen](#)

[Q7] Silvio Gesell. Die natürliche Wirtschaftsordnung, Teil IV, Abschnitt 1, Freigeld. Primärtext zur Funktion des Tauschmittels und zur unterschiedlichen Lage von Waren- und Geldbesitzern. [Originalquelle öffnen](#)

[Q8] Silvio Gesell. Die natürliche Wirtschaftsordnung, Teil IV, Abschnitt 3, Wie das Freigeld verwaltet wird. Primärtext zur zentralen Währungsverwaltung im historischen Entwurf. [Originalquelle öffnen](#)

[Q9] Silvio Gesell. Die natürliche Wirtschaftsordnung, Teil II, Abschnitt 1, Der Sinn des Wortes Freiland. Primärtext zur Bodenordnung und zur vorgeschlagenen Verteilung von Pächterlösen. [Originalquelle öffnen](#)

[Q10] Stadtgemeinde Wörgl. Das Freigeld Experiment von Wörgl. Kommunale historische Darstellung mit Datum des Gemeinderatsbeschlusses und Beschreibung der Ausgangslage. [Originalquelle öffnen](#)

[Q11] Unterguggenberger Institut. Das Wörgler Nothilfeprogramm 1932/33, Archivdarstellung. Themenbezogene Institution mit erkennbarem Interesse an Bewahrung und Vermittlung des Versuchs; kein unabhängiger Kausalnachweis der Gesamtwirkung. [Originalquelle öffnen](#)

[Q12] John Maynard Keynes. The General Theory of Employment, Interest and Money, 1936, Kapitel 23, insbesondere Abschnitt VI zu Gesell. Primärtext in digitaler Wiedergabe. [Originalquelle öffnen](#)

[Q13] Oesterreichische Nationalbank. Tabelle 5.4.3, Unbare Zahlungsverkehrstransaktionen in Österreich von Nicht MFIs, gesendete Transaktionen. Datenstand der Tabelle 9. Oktober 2026. Einheiten in der Quelle Millionen Euro, im Buch Milliarden Euro. [Originalquelle öffnen](#)

[Q14] Michael McLeay, Amar Radia und Ryland Thomas. Money creation in the modern economy. Bank of England, Quarterly Bulletin 2014 Q1, 14. März 2014. Institutionelle Darstellung der eigenen geldpolitischen und bilanziellen Perspektive. [Originalquelle öffnen](#)

[Q15] Statistik Austria. Einnahmen und Ausgaben des Staates. Beschreibung der konsolidierten ESVG Rechnung und Revisionen. [Originalquelle öffnen](#)

[Q16] Statistik Austria. Demographisches Jahrbuch 2023, erschienen 2024. Für 2023 nennt die Ausgabe unter anderem 9.128.967 und an anderen Stellen 9.130.697. Diese Abweichung wird im Buch nicht stillschweigend aufgelöst. Ergänzend aktuelle Seite Bevölkerung im Jahresdurchschnitt. [Originalquelle öffnen](#)

[Q17] Statistik Austria. Öffentliches Defizit 2025 mit 4,2 Prozent weiterhin hoch, 31. März 2026. Quelle der im Projekt verwendeten gerundeten Staatsausgaben 2022 bis 2024 und der gesondert ausgewiesenen Zinspositionen.

Originalquelle öffnen

Die historischen Quellen werden überwiegend sinngemäß wiedergegeben. Aussagen der Autoren werden als deren Gedanken behandelt. Die Rolle eines Herausgebers oder einer Institution wird nicht mit einer Garantie für Fehlerfreiheit gleichgesetzt. Abruf und Bearbeitungsstand dieser Buchfassung ist der 22. Oktober 2026.

[Q18] Statistik Austria. Wirtschaftsleistung Österreichs stieg 2025 um 0,7 Prozent. Jahresrechnung vom 30.09.2026, Tabelle 1: nominelles und reales BIP 2022–2025. Originalquelle öffnen

[Q19] Finanznavi. Wert des Geldes und Inflation, insbesondere Ursachen von Inflation. Öffentliches Informationsangebot von Finanzministerium und OeNB; als institutionelle Erklärung verwendet, nicht als Nachweis der Preiswirkung unseres Modells. Originalquelle öffnen

[Q20] Österreichisches Staatsarchiv. AT-OeStA/AVA Adel HAA AR 839.6, Saurwein Jakob und Simon, Vettern aus Natters in Tirol, Wappenbesserung, 29.03.1563. Archivbeschreibung eingesehen am 22.10.2026. Originalquelle öffnen

[Q21] Tiroler Landesmuseen. Fischnaler-Wappenkartei, Eintrag 24424 zu Saurwein von Natters. Hinweise auf Ämter Jakobs und Simons sowie Gebhards Tätigkeit. Die Angaben waren im Suchindex der Museumsseite zugänglich; der Direktabruf der Karte war nicht erfolgreich. Originalquelle öffnen

[Q22] Tiroler Landesmuseen. Fischnaler-Wappenkartei, Eintrag 24427, verbesserte Wappenfassung von 1593. Der Suchindex gibt einen gelben Greifen an. Kein Abgleich mit dem privaten Originalbrief. Originalquelle öffnen

[Q23] Digital Story. 500 Jahre Jakob Fugger. Digitale historische Ausstellung mit Objekten unter anderem der Bayerischen Staatsbibliothek und der Kunstsammlungen und Museen Augsburg. Verwendet für Kredite an Sigismund und Maximilian, Tiroler Silbergeschäft und Stiftung der Fuggerei. Ausstellungsperspektive und historische Interpretation werden von der eigenen heutigen Modellbewertung getrennt. Originalquelle öffnen

[Q24] Bayerisches Stiftungsverzeichnis. Fürstlich und Gräflisch Fugger'sche Fuggerei-Stiftung. Eintrag 3299: Stifter Jakob Fugger, Gründungsjahr 1521 und bestimmter sozialer Wohnzweck. Originalquelle öffnen

[Q25] Oesterreichische Nationalbank. Kernaufgaben. Selbstdarstellung der Aufgaben zu Preisstabilität, Finanzsystem und Zahlungssystemen. Für die Beschreibung der Institution verwendet; keine Stellungnahme zum vorliegenden Forschungsprojekt. Originalquelle öffnen

[Q26] Finanzmarktaufsicht Österreich. Aufgaben der Finanzmarktaufsicht. Selbstdarstellung der gesetzlichen Aufsichtsaufgaben. Für die Beschreibung der Institution verwendet; keine Stellungnahme zum vorliegenden Forschungsprojekt. Originalquelle öffnen

[Q27] ZDFheute live. Gewalt in Frankreich und Italien: Was junge Menschen in Europa auf die Straße treibt. Vom Nutzer am 22.10.2026 verlinktes Video: ZDF-Video öffnen Begleitender Bericht von Katja Belousova, 19.10.2026: Demos und Gewalt in Frankreich: Könnten die Proteste nach Deutschland überschwapen? Der Bericht wurde gelesen; das Video wurde nicht vollständig transkribiert. Die dort genannten Deutungen sind journalistische beziehungsweise zugeschriebene fachliche Einschätzungen. Originalquelle öffnen

[Q28] Europäische Zentralbank. Pilotprojekt zum digitalen Euro. Projektbeschreibung mit möglicher Erstaussgabe 2029 und noch erforderlicher Ausgabeentscheidung. Die EZB ist selbst Projektträgerin; ihre Darstellung belegt den angekündigten Projektstand, nicht die Unbedenklichkeit sämtlicher denkbarer Folgen. Stand der Einsichtnahme 22.10.2026. Originalquelle öffnen

[Q29] Attac Österreich. EU-Spar- und Investitionsunion: Attac warnt vor gefährlicher Aufblähung der Kapitalmärkte, 20.03.2025. Originalquelle für die Kritik von Attac an Kapitalmarktentwicklung, öffentlicher Risikoübernahme und privater Pensionsvorsorge. Als erklärte politische Position verwendet; die darin vorhergesagten Folgen werden nicht als bereits gemessene Ergebnisse dargestellt. Originalquelle öffnen

[Q30] Rat der Europäischen Union / Europäischer Rat. Spar- und Investitionsunion. Institutionelle Darstellung der Ziele und Maßnahmen; nennt geschätzte zehn Billionen Euro an Bankeinlagen privater Haushalte und das Ziel zusätzlicher

Investitionen. Verwendet zum Nachweis des öffentlich erklärten Vorhabens, nicht als Garantie für dessen Erfolg oder die Abwesenheit von Risiken. Eingesehen am 22.10.2026. [Originalquelle öffnen](#)

[Q31] Europäische Kommission. Offizielle Seite der Präsidentin Ursula von der Leyen. Vom Nutzer übermittelter deutscher Link: [Originalquelle öffnen](#) Die englische Sprachfassung wurde am 22.10.2026 eingesehen und nennt die Funktion als Präsidentin. Die Seite dient zur Zuordnung der Institution und Person, nicht als Nachweis einzelner Geldflüsse. [Originalquelle öffnen](#)

[Q32] Rudolf Steiner. Die Kernpunkte der sozialen Frage, 1919, GA 23, Kapitel II. Originaltext in digitaler Wiedergabe im Rudolf Steiner Archive. Verwendet für die drei eigenständigen gesellschaftlichen Bereiche und die Zuordnung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Darstellung erklärt Steiners Vorschlag; die Beispiele für heutige Leser stammen aus dieser Buchfassung. [Originalquelle öffnen](#)

[Q33] Rudolf Steiner. Geistesleben, Rechtsordnung, Wirtschaft. Soziale Zukunft, September 1919; digitale Wiedergabe beim Institut für soziale Dreigliederung. Originaltext zu wirtschaftlicher Macht und ihrer Auswirkung auf Recht und geistiges Leben. Das Institut vermittelt die Dreigliederung und vertritt damit eine erkennbare thematische Position. [Originalquelle öffnen](#)

[Q34] Science Museum Group. Medieval Exchequer Tally Sticks, Objektgruppe 1952-431, erhaltene Stücke um 1440. Sammlungsbeschreibung zur englischen Finanzverwaltung, zur geteilten Form und zur Verwendung bei Zahlungen. Verwendet für die dokumentierte historische Funktion des Kerbholzes. [Originalquelle öffnen](#)

[Q35] Bank of England Museum. The Future of Money, Large print guide, PDF-Seite 12, Kerbholz von 1824, Sammlungsnummer 1978/010. Beschreibt das Kerben vor dem Teilen, den Vergleich der Hälften und die mögliche Weitergabe einer Forderung. Als historische Museumsbeschreibung verwendet. [Originalquelle öffnen](#)

[Q36] Abū Hāmid al-Ghazālī. Ihya' 'ulūm al-dīn, Band IV, Kapitel „Patience and Gratefulness“. Englische, sinnngemäße Bearbeitung in der Übersetzung von Fazlul Karim, digitale Wiedergabe auf ghazali.org. Verwendet für den Spiegelvergleich und die Kritik am Horten von Gold- und Silbermünzen. Im Buch auf Deutsch sinngemäß erklärt, nicht als wörtliches deutsches Zitat. [Originalquelle öffnen](#)

[Q37] Abdul Azim Islahi. An Analytical Study of al-Ghazali's Thought on Money and Interest, Konferenzbeitrag 2001, MPRA Paper 41438, bereitgestellt 2012. Wissenschaftliche Untersuchung mit Verweisen auf al-Ghazālīs Originalwerk; verwendet für Lebensdaten 1058–1111 und die Zuordnung seiner Geldgedanken. Die Deutungen des Forschers bleiben von al-Ghazālīs Text getrennt. [Originalquelle öffnen](#)

[Q38] Wüstenrot Stiftung. Über die Stiftung, Geschichte des Vereins: Gründung am 22. Juli 1921 und Aufnahme der Bausparkassenarbeit 1924. Institutionelle Darstellung der eigenen Geschichte. Eingesehen am 24.10.2026. <https://wuestenrot-stiftung.de/die-stiftung/>

[Q39] Christian Müller, Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg. Bausparen macht glücklich. Die Entstehung der Bausparkasse Wüstenrot. Archivnachrichten 70/2025, Seiten 28–29. Darstellung anhand des überlieferten Unternehmensbestands. Eingesehen am 24.10.2026. <https://d-nb.info/137769061X/34>

[Q40] Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrot. Zeitgenössische Anzeige „Jeder Familie ein Eigenheim“, Dresdner Neueste Nachrichten, 2. September 1928, Seite 14. Die Anzeige nennt Baugeld zu vier und fünf Prozent Zinsen; Werbeaussage der damaligen Organisation. Digitalisat der SLUB Dresden. https://digital.slub-dresden.de/data/kitodo/DresneNa_490223001-19280902/DresneNa_490223001-19280902.pdf

[Q41] LEO-BW / Landesbibliographie Baden-Württemberg. Kropp, Georg. Biografische Angaben: 1. Dezember 1865 bis 21. Januar 1943. Eingesehen am 24.10.2026. https://www.leo-bw.de/en/detail/-/Detail/details/PERSON/wlbbblb_personen/118724665/Kropp%2BGeorg

[Q42] Harvard Law School Library, Nuremberg Trials Project. Emil Puhl, Aussage vom 2. November 1945, Dokument EC-436. Beteiligtenquelle zu Aufbau, Reichsgarantie und Umfang des Mefo-Verfahrens. <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/2138-deposition-on-schachts-funding?mode=text>

[Q43] Bundesarchiv, Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler, Band V, Dokument 56. Richtlinien des Reichsministers der Finanzen für die Rüstungsfinanzierung vom 10. März 1938, R 2/3845, Bl. 101–104. Zeitgenössische Primärquelle.
<https://aktenreichskanzlei.bundesarchiv.de/resources/pdf/arh05d056.pdf>

[Q44] Fritz Blaich. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung im Dritten Reich. Aus Politik und Zeitgeschichte 8/1971, 20. Februar 1971, bpb-Archiv. Historische Darstellung zur Wirtschaftslenkung und zum Preis- und Lohnstopp.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/528695/wirtschaftspolitik-und-wirtschaftsverfassung-im-dritten-reich/>

[Q45] Harvard Law School Library, Nuremberg Trials Project. Emil Puhl, Aussage vom 8. November 1945, Dokument EC-438. Rückblick eines beteiligten Reichsbankdirektors auf Kreditexpansion und Finanzierungsrisiken. <https://nuremberg.law.harvard.edu/documents/2140-affidavit-concerning-the-reichsbanks?mode=text>

[Q46] Reinhard Sturm / Bundeszentrale für politische Bildung. Kampf um die Republik 1919–1923, 23.12.2011; Abschnitt Hyperinflation. Historische Darstellung zu Ruhrkrise, Produktionsausfällen und Geldentwertung. <https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275837/kampf-um-die-republik-1919-1923/> (Abgerufen am 24.10.2026.)

[Q47] Europäische Zentralbank. Does the private sector foresee a stagflation episode?, Economic Bulletin 4/2022; Erläuterung zur Stagflation.
https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2022/html/ecb.ebbox202204_05~8c2460a00d.en.html (Abgerufen am 24.10.2026.)

[Q48] Statistik Austria. Österreichs Wirtschaft lässt im 2. Quartal 2026 nach, Pressemitteilung vom 03.09.2026. Vorläufiger Veröffentlichungsstand, revisionsfähig.
<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2026/09/20260903BIP2026Q2.pdf> (Abgerufen am 24.10.2026.)

[Q49] Statistik Austria. Inflation in Österreich im September 2026 bei 3,6 %, Pressemitteilung vom 16.10.2026.
<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2026/10/20261016VPISeptember2026.pdf> (Abgerufen am 24.10.2026.)

[Q50] AMS Niederösterreich. Aktuelles vom niederösterreichischen Arbeitsmarkt – September 2026, 01.10.2026. Enthält auch den österreichweiten Vorjahresvergleich der vorgemerkten Arbeitslosigkeit. <https://www.ams.at/regionen/niederoesterreich/news/2026/10/092026> (Abgerufen am 24.10.2026.)

[Q51] Statistik Austria. Weniger Firmenpleiten im 2. Quartal 2026 in Österreich, Pressemitteilung vom 07.08.2026. Vorläufige Daten. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2026/08/20260807InsolvenzenRegistrierungenQ22026.pdf> (Abgerufen am 24.10.2026.)

[Q52] KSV1870. Unternehmensinsolvenzen 1.–3. Quartal 2026, Auswertung vom 09.10.2026. Eigene Statistik eines Gläubigerschutzverbandes. <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/neh-mens-sol-venzen-1-3-quartal-2026> (Abgerufen am 24.10.2026.)

[Q53] Historische Gesellschaft der Deutschen Bank. Abs, Hermann J. Bankeneigene historische Darstellung; Angaben zu den Funktionen und zur Laufbahn. https://www.bankgeschichte.de/leading-figures/abcdef?language_id=3 (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q54] Deutsches Historisches Museum. Hermann J. Abs unterzeichnet das Londoner Schuldenabkommen. Historische Einordnung zu Delegationsleitung, Schuldenregelung und Banklaufbahn. <https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/erf/panoramen3/material/erftexteneu/2v12labe.htm> (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q55] Deutsche Biographie. Abs, Hermann. Biografischer Beitrag, insbesondere zur Mitwirkung an der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen. <https://www.deutsche-biographie.de/dbo001131.html> (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q56] Agreement on German External Debts, London, 27 February 1953. Zeitgenössischer Vertrag; amtliche britische Veröffentlichung, Treaty Series No. 7 (1959), Cmnd. 626, Teil 1. Präambel und Regelungen zur Schuldenbereinigung. https://assets.publishing.service.gov.uk/media/5a7c93bf40f0b626628ad097/German_Ext_Debts_Pt_1.pdf (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q57] Competition and Markets Authority: Cloud services market investigation, Summary of final decision, 31.07.2025. Behördliche Untersuchung zu Wettbewerb, Marktanteilen und Wechselhindernissen; Kundenbezug Vereinigtes Königreich, geografische Marktabgrenzung UK und EWR. Seiten 2–6. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q58] Microsoft: Annual Report 2026, Consolidated Statements of Cash Flows. Unternehmensquelle zum Geschäftsjahr bis 30.06.2026. Beträge der Kapitalflussrechnung in Millionen US-Dollar; Sachinvestitionen und ausgezahlte Dividenden getrennt erfasst. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q59] Federal Trade Commission: AI Partnerships and Investments Study, Mitteilung vom 17.01.2025 und verlinkter Mitarbeiterbericht. Behördliche Auswertung untersuchter Partnerschaftsverträge; Erhebungsstand September 2024 und öffentliche Angaben bis Januar 2025. Vertragliche Bindungen und mögliche Wettbewerbsfolgen unterscheiden. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q60] International Energy Agency: Energy and AI, Executive summary, 2025. Institutionelle, modellgestützte Energieanalyse: Schätzung des Rechenzentrenverbrauchs 2024 und Basisszenario

für 2030. Rechenzentren insgesamt sind nicht mit KI allein gleichzusetzen. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q61] World Wide Web Consortium: ActivityPub, Recommendation vom 23.01.2018. Technische Primärquelle zum Austausch von Inhalten zwischen unterschiedlichen Servern. Keine Aussage über die Eigentums- oder Finanzierungsstruktur eines konkreten Dienstes. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 25.10.2026.)

[Q62] Stephan Schulmeister, Der „Aufbau“ der großen Krise durch „business as usual“ auf Finanzmärkten. Schriftliche Fassung des Vortrags bei der Keynes-Gesellschaft, Wien, 16./17.02.2009. Insbesondere Seiten 1–6. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q63] Stephan Schulmeister, Die neue Weltwirtschaftskrise – Ursachen, Folgen, Gegenstrategien. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 106, Arbeiterkammer Wien, Mai 2009. Kapitel 2 und 3. Herausgeberschaft und Position des Autors unterscheiden. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q64] Stephan Schulmeister, Das „Vollgeldsystem“. Notwendige Reform oder gefährliches Allheilmittel? WIFO Working Papers 518, Mai 2016. Kritik an Krisendiagnosen und Reformwirkungen; keine Untersuchung unseres Vereinsmodells. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q65] Richard A. Werner, Can banks individually create money out of nothing? The theories and the empirical evidence. International Review of Financial Analysis 36 (2014), Seiten 1–19, DOI 10.1016/j.irfa.2014.07.015. Empirischer Bankversuch; Kooperation mit Raiffeisenbank Wildenberg. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q66] Richard A. Werner, A lost century in economics: Three theories of banking and the conclusive evidence. International Review of Financial Analysis 46 (2016), Seiten 361–379, DOI 10.1016/j.irfa.2015.08.014. Kontrollierte Testbuchung auf Basis der Jahresrechnung 2013; insbesondere Abschnitte 3 und 4. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q67] Richard A. Werner, eigene Biografie und Darstellung des Forschungsansatzes zur Kreditverwendung sowie des Engagements für Gemeinschaftsbanken. Autorenquelle zu beruflichen und institutionellen Beziehungen. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q68] Stephan Schulmeister, Die Finanzmarktkrisen und ihre Folgen. Standortbestimmung, Ausblick, Gegenstrategien. Referat beim 4. Wiener Wirtschaftsdidaktik-Kongress am 21.11.2014; Folienstand 25.11.2014. Auf der Website der WU Wirtschaftsuniversität Wien veröffentlichte Kongressunterlagen, insbesondere Folien 2–4 und 14. [Originalquelle bei der WU Wien öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q69] Bundesministerium für Finanzen, Finanzmarkt. Institutionelle Darstellung zu Rahmenbedingungen, Finanzierung, Transparenz und Vernetzungsrisiken. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

[Q70] Bundesministerium für Finanzen, Finanzmarktaufsicht. Aufgaben und Finanzierung der Aufsicht; Seitenstand 29.03.2021. Historischen Stand bei heutigen Einzelfällen beachten. [Originalquelle öffnen](#) (Abgerufen am 26.10.2026.)

Verwendete Vereinsunterlagen

[P3] Oesterreich_Gesamtbilanz_2022-2025_AT_abgeglichen.xlsx. Gespeicherter Rechenstand vom 21.10.2026 mit elf Tabellenblättern. Grundlage der Zahlungsrechnung, Staatsausgaben und übernommenen Bevölkerung. Der Abgleich zwischen Darstellungen ersetzt keine vollständige externe Prüfung aller Ausgangsreihen.

[P8] Oesterreich_BIP_Ausgaben_Ampel_2022-2025.xlsx. Euro-Vergleich und Aufschlüsselung, überarbeitet am 22.10.2026. Die Ampel bezieht sich auf BIP minus gesamte Staatsausgaben und zusätzliches Brutto-Grundeinkommen.

[P9] Fünf vom Nutzer am 22.10.2026 bereitgestellte Grafiken: grafik(20261022-053111).png, grafik(20261022-053126).png, grafik(20261022-053141).png, grafik(20261022-053155).png und grafik(20261022-053219).png. Zahlen und Auswahl der Zahlungsbasis wurden visuell eingesehen; die Abbildungen 1–5 sind Euro-Neusetzungen derselben Ergebnisse. Abbildung 6 ergänzt den BIP-Vergleich.

Die Forschungsannahmen wurden aus den bestätigten Vereinsvorgaben übernommen. Beispielrechnungen für Preise und Einsparungen sind ausdrücklich Szenarien. Angaben zu tatsächlichen Zahlungen, Auftragnehmern oder Einsparungen einzelner Behörden werden daraus nicht abgeleitet.

Familienunterlagen

[P10] Vom Nutzer am 22.10.2026 übermittelter Text „Das Erbe Ihrer Vorfahren im modernen Forschungsverein“. Quelle für Familienzueordnung, privaten Dokumentenbesitz, Greifen-Symbolik und das Thema Treuhand. Diese persönlichen Angaben sind von den zusätzlich genannten Archivbeschreibungen getrennt behandelt.

[P11] Familie Saurwein.pdf. Vom Nutzer am 22.10.2026 bereitgestellter dreiseitiger „Historischer Fachbericht“. Verwendet für die Familiengeschichte sowie die Zueordnung von Archiv- und Eigentumsfragen. Seite 1 enthält eine Wappendarstellung, die Verweise [1] und [2] führen zur Tiroler Wappenkartei. Der Originalwappenbrief selbst ist nicht abgebildet. Die Darstellung des Stiftbriefs wird durch die gesondert vorgelegten Schriftstücke P12 und P13 ergänzt.

[P12] Dokument Uhrkunde.pdf. Einseitiger Scan aus dem Familienbesitz, vorgelegt von Savini, Geri am 22.10.2026. Handschriftliche „Erklärung“ von Franz Zach, datiert 1943, mit Unterschriften und Beglaubigungsvermerk. Inhaltlich eine Erklärung über die Einsichtnahme in einen Originalstiftbrief und dessen Rückfallbestimmung; keine Abbildung des Stiftbriefs selbst. Abbildung 7 gibt die vorgelegte Seite wieder.

[P13] Familie.pdf. Einseitiger Scan, vom Nutzer als Rückseite vorgelegt am 22.10.2026. Familiengeschichtliche Seite mit Fotos und Wiedergabe eines Briefes von Pfarrer Roman Neuner, Nauders, 09.06.1909. Der Brief nennt die Rückgabe aus der k. k. Statthalterei am 03.03.1900 und mögliche spätere Aufbewahrungsorte. Abbildung 8 gibt die vorgelegte Seite wieder.